

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7078.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne  
 jeils oder deren Raum 40 Pf., für  
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr  
 vormittags geöffnet.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 19. Oktober 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Heute vor 20 Jahren,

am 19. Oktober 1878, hat die Mehrheit des deutschen Reichstages auf ein verhängnisvollstes Gesetz, welche die neuere Zeit kennt, das Siegel des „Rechts“ gedrückt, indem sie das Sozialistengesetz, dieses Schandgesetz, annahm.  
 Freilich weist die Geschichte unseres eigenen Landes und die der anderer Länder unzählige Beispiele von politischer und religiöser Verfolgung auf, die sich in den Mantel des Gesetzes hüllte, und den Gewaltthätern es möglich machte, die Gegner „von Rechts wegen“ zu unterdrücken, zu erdrücken. Allein uns ist kein Fall bekannt, wo der Achtung ganzer Parteien und Volksklassen nicht harter, blutiger Kampf, ja Bürgerkrieg vorausgegangen wäre. Vom alten Rom und seinen Proskriptionen nicht zu reden — waren es in England und Frankreich Aufstände und Aufstandsversuche, die den Grund oder Vorwand für Anbelaste und Ausnahme Gesetze darboten. Sogar die Karlsbader Beschlüsse des deutschen Bundes hatten ihren Anlaß in einer Bluttat — der Ermordung Kobene's durch Sand —, welche in den damaligen Regierungen Oesterreichs, Preußens und der übrigen deutschen Bundesstaaten wohl den Glauben erwecken konnte, es handle sich um eine Verschwörung zum gewaltthätigen Umsturz der bestehenden Zustände.

Nichts von alle dem vor zwanzig Jahren in Deutschland. Kein Aufstand, kein Aufstandsversuch, keine Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung. Die sozialistische Bewegung, nach dem Ueberschäumen, nach dem Stürmen und Drängen der ersten Jahre, in zielbewusster Ruhe und Stetigkeit sich ausbreitend. In der deutschen Arbeiterwelt, obgleich durch die industrielle Revolution in die tiefsten Tiefen erregt und aufgewühlt, nicht das leiseste Sturmzeichen — in Gegenseitigkeit, unter dem Einfluß der sozialistischen Belehrung, die um sich greifende Erkenntnis, daß einzelne nicht für das soziale Elend verantwortlich sind und daß Anwälte und Richter die Lage der Arbeiter nicht bessern können. Kurz, eine vollständige Abwesenheit aller Symptome, die auch von dem heftigsten Ungehörigen als bedrohlich für den Staat und die Gesellschaft hätten aufgefaßt werden können.

Aber wenn auch der Staat und die Gesellschaft nicht bedroht waren, ein Mann war bedroht. Fürst Bismarck, der Blut- und Eisenmann, welcher 1866 und 1870/71 die deutsche Frage im preussisch-dynastischen Sinn gelöst und der deutschen Bourgeoisie den Tempel des goldenen Kalbes sperrwagenweit geöffnet hatte, — Fürst Bismarck fand, daß seine Diktatur sowohl nach oben wie nach unten auf Widerstand stieß, daß der Widerstand wuchs und daß der Moment nahe war, wo der Widerstand für ihn zu stark sein werde.

Im Winter 1877 auf 1878 hatte Fürst Bismarck auf seinem Landgut Friedrichsruh den Besuch eines russischen Diplomaten, dem er sein Herz ausschüttete: „Ich bin“ — das war der Kern seiner Ergüsse — „ich bin in der Regierung und im Reichstage überall gehemmt; in der Regierung bis zu der höchsten Stelle schaffst man mir Hindernisse, im Reichstage habe ich eine kompakte Majorität gegen mich. Ich brauche ein Ereignis, das mir eine Handhabe giebt, um die ganze Nation zu bewegen und durch Neuwahlen eine sichere Majorität zu gewinnen.“

Der russische Diplomat veröffentlichte später diese Unterredung und Fürst Bismarck hat den Bericht nicht für falsch erklärt oder erklären lassen. Im Winter 1877/78 wartete er auf das rettende Ereignis, und gedachte dabei vielleicht des hübschen Kalender-Verschens vom heiligen Matthäus:

„Matthäus bringt Eis.  
 Find't er Leind, macht er eins.“

Der Plan war in den Umrissen fertig: durch die sogenannte „Wirtschaftsreform“, das heißt durch die Auslieferung des Reichs an den industriellen und agrarischen Großkapitalismus sollte dieser für die Aufrechterhaltung des Hausmeierthums der „Dynastie Bismarck“ gewonnen und die Diktatur des Großkapitalismus, mit dem „Säkularmenschen“ an der Spitze, dauernd befestigt werden. Demjenigen, der Führer der nationalliberalen Bedientenpartei, wurde für die ehrenhafte Rolle anzuersuchen, den Raubzug gegen die Taschen des deutschen Volkes als oberster Minister oder Vizekanzler offiziell zu leiten. In einem Anfall von verpäteter Scham lehnte jedoch Demingien das jahrezehnte lang so heiß ersehnte Portefeuille ab, und besiegelte damit das Schicksal seiner Partei, deren Untergang nun von Fürst Bismarck beschlossen war. Wenige Monate später, und die Nationalliberalen wurden „an die Wand gedrückt, daß sie quiechten“.

Aber das rettende Ereignis?  
 Am 11. Mai 1878 feierte das halbidiotische Mitglied des Berliner Stöcker- und Muder-Vereins, Hödel-Lehmann, als der Kaiser Unter den Linden fuhr, einen Schuß ab mit einem Taschenterzerol — ein Terzerol, beiläufig zu klein und zu schlecht, um auf fünf Schritte eine Maus zu tödten. Der Kaiser hatte den Anfall nicht gehört, und hörte erst, nachdem er ins Schloß zurückgekehrt war, daß ein Schuß gefallen und der Schütze verhaftet sei, der aber behauptete, mit einem blinden Schuß abgegeben zu haben, um die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Eine Behauptung, mit der er, was vorgehend bemerkt sei, auf das Schafot ging. Fürst Bismarck, der in Friedrichsruh war, erhielt Meldung von dem

Ereignis. Er war gerettet. Das „Ereignis“ hatte sich gefunden. Und ohne eine Minute zu verlieren, telegraphierte er nach Berlin: „Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokraten!“ Die Fahne war entrollt, das Signal gegeben, das „Rothe Gespenst“ losgelassen — die Jagd konnte beginnen. Die Reptilpresse that ihr Werk. Die Sozialdemokratie züchtete Reuchelwürmer. Heute der Kaiser, morgen der Bürger und Bauer — jeder war bedroht. Der arme halbidiotische Stöckermann Hödel wurde zum Normal-Sozialdemokraten umgelogen — sonst das Blaue vom Himmel heruntergelogen. Nur die Geister verwirrt, geht, verhebt, damit im Irren geistigt werden konnte!

Der Stöckermann Hödel und sein verrostetes Taschenterzerol genügte nicht. Der Reichstag blieb zweifelnd und verwarf das Ausnahmegesetz, welches Fürst Bismarck prompt eingebracht hatte.

Was thun? Auflösen! Aber in der Regierung und bei Hof regien sich Bedenken — der Kronprinz durchschaute seinen Bismarck und traute dem Attentat nicht.

Da frachte — am 2. Juni 1878 — Unter den Linden ein zweiter Schuß und noch ein Schuß. Diesmal war es kein verrostetes Taschenterzerol, sondern eine gute Schrotbüchse, und einige der Schrote trafen den alten Kaiser. Auch der neue Attentäter war geistig nicht normal — kein Halbidiot, aber ein erblich belasteter Paralytiker und durch die Sensations- und Reklame-Artikel der Reptilpresse über das Hödel-Attentat nach dem bekannten psychologischen Nachahmungsgesetz der herostratischen That begeistert. Ehe Nobiling die zwei Schrotbüchsen abgefeuert und sich selbst eine Kugel in den Kopf gejagt hatte, war er als eifriger Nationalliberaler hervorgetreten — und in den lichten Augenbliden, die er in den drei Monaten vor seinem Tode hatte, schwärmte er in echt nationalliberalen Ideen, wie dokumentarisch im Reichstag nachgewiesen ward. Das hinderte natürlich den Bismarck nicht, den Nationalliberalen Nobiling dem Stöckermann Hödel-Lehmann als Muster-Sozialdemokraten zuzugewöhnen.

Und nun stieß mehr Wasser auf die Mühle des Schlot- und Krautjunkerthums — die Reaktionsmaschine arbeitete mit Hochdruck, die Lügenpresse lag doppelt und dreifach, der Widerstand des Kronprinzen ward besiegt, indem man seiner Frau den Attentatschrecken einjagte — und der Reichstag ward aufgelöst.

Das war eine Jagd, eine wilde, wüthende Jagd. Die hungrige Rasgeier stürzten die Schlot- und Krautjunker sich auf die verheißene Beute.

Ein fleißiges, hartarbeitendes Volk von 50 Millionen als Jagdbeute — das feuert an. Die Wähler mußten hinverrückt gemacht werden, damit sie die Majorität wählten, die sie selber ausliefern sollte. Jeder Tag brachte ein neues Attentat — auf dem Papier. Jeder Tag sozialdemokratische Verschwörungen, sozialdemokratische Bomben — auf dem Papier. Ganz wie heute, nur daß es heute „anarchistisch“ heißt statt sozialdemokratisch. Die Wähler hatten keine Zeit sich zu bestimmen. Mit immer tollerem Lügen ward auf sie eingehämmert — und der Tag der Neuwahl belohnte den Schweiß der Edeln und Edelsten: Bismarck hatte seine Majorität für die Massendiktatur des zum „nationalen“ Raub verbündeten Schlot- und Krautjunkerthums.

Zunächst galt es, die einzige Partei zu fesseln, die den Verbündeten und ihrem Fisch- und Raubzug gefährlich werden konnte: die Sozialdemokratie. Sie mußte gebunden werden an Händen und Füßen. Das Sozialistengesetz ward dem Reichstag vorgelegt. Wochen- und wochenlang ward im Plenum und in der Kommission hin- und hergeredet, verhandelt, geschäkert. Nach langen unwürdigen Debatten, in denen die Verkommenheit der bürgerlichen Parteien einerseits, und die brutale, alle höheren Staats- und Gesellschafts-Rücksichten leugnende und verachtende Herrsch- und Habgucht des Großkapitalismus zu klaffendem Ausdruck gelangte, nahm der Reichstag in der Nachmittags-Sitzung — in der Morgen-Sitzung war man nicht fertig geworden, und man hatte es eilig — am 19. Oktober 1878 mit 221 Ja gegen 149 Nein das „Schandgesetz“ an.

Die Sozialdemokratie war lahm gelegt, das Terrain war frei! Industriezölle, Korn- und sonstige Lebensmittel-Zölle — Schnapsprämien, Zuderprämien, Liebesgaben aller Art, planmäßige Millionärzüchterei — ein wahres Reichthum-Wettrennen der Schlot- und krautjunkerlichen Jagdier.

Das war der Zweck. Die Sozialisten haben nur Mittel zum Zweck. Jahr für Jahr etwa eine halbe Milliarde: fünfhundert Millionen aus der Tasche des arbeitenden Volkes herausgeholt und in die Taschen der Schlot- und Krautjunker gesteckt — das war die „Wirtschaftsreform“, auf welche Fürst Bismarck seine Diktatur gründete.

Und die Sozialdemokratie, die nur deshalb geächtet ward, weil sie den Fisch- und Raubzug gehindert hätte — sie war vogelfrei: am 21. Oktober erlangte das Schandgesetz die Gesetzeskraft. Wenige Federstriche vernichteten unsere Presse, unsere Organisation, das mühsam aufgebaute Werk vieler Jahre und unzählige Existenzen. Und alles das, weil ein winziger Bruchtheil der Nation auf Kosten der Nation leben, von der Arbeit der Nation sich bereichern wollte.

Die Sozialdemokratie hat das Stahlnetz des Sozialistengesetzes zerbrochen wie Glas — sie hat „auf das Gesetz gepfeiffen“ und den Urheber des Schandgesetzes und seine Spießgesellen in 12jährigem Ringen überwunden. Und unter dem Sozialistengesetz, im Kampf gegen das Sozialistengesetz ist sie die stärkste

der Parteien Deutschlands geworden — die Partei, um welche, nach des Reichskanzlers Caprivi Bekenntniß, die Gesamtpolitik des Deutschen Reiches sich dreht.

Aber es hat Opfer gekostet — Opfer ohne Zahl — Ein Dentmal der Schande für unsere Feinde, ist das Sozialistengesetz der Ruhm und die Stärke der Sozialdemokraten geworden. Ohne seine eiserne Schuttlung wären wir nicht was wir sind.

Nach zwölf Jahren ist das Sozialistengesetz zusammengeknirscht unter der Last seiner Sünden und Verbrechen: Brutalität, Korruption, Spitzelthum, Denunziantenthum, Demoralisation des öffentlichen Lebens, — alles angefaßt. Das erschreckte sogar wenig Empfindliche, so daß sie sich mit Ubel abwandten.

Doch unsere raschlebige Zeit vergißt rasch. Die kapitalistischen Mächte, denen das Sozialistengesetz vor 20 Jahren Deutschland zur Blindenführung übergab, sind wieder an der Arbeit. Die Sozialdemokratie als Hüterin des öffentlichen Wohls steht ihren Raub- und Herrschgelüsten im Weg. Heute wie vor 20 Jahren. Und heute wie vor 20 Jahren soll ein Sozialistengesetz, ein Schandgesetz helfen.

Ob diese Mächte der Volksplünderung und Volksknebelung die Macht haben, diesen ihren Willen zu verwirklichen? Wir wissen es nicht.

Wir wissen nur, ein neues Schandgesetz würde noch schmälicher zu schanden werden, als das alte.

Wir, die Sozialdemokratie, haben seit 1878 zwanzig Jahre mehr der Entwicklung, des Wachstums.

Und unsere Feinde zwanzig Jahre mehr der Zerlegung, der Fäulnis.

Sie sind heute um zwanzig Jahre näher dem Ende.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Oktober.

**Von den Attentatsgerüchten.** Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, deren Name zwar kein Programm, aber eine Charakteristik ist, glaubt an die Echtheit des ägyptischen Bomben-Komplots. Das verstand sich von selbst. Der „Reichs-Anzeiger“, der auf seine Reputation zu halten hat, bringt dagegen kein Wort über das angeblich geplante Attentat. Und dieses Schweigen ist berechtigt. Vergangene Attentatsgeschichten schreien ab. Wer erinnert sich nicht des famosen internationalen fenisch-anarchistischen Attentats, das der internationale Londoner Spitzeljäger und Spitzelfänger Kolville vor 2 Jahren in Calais und an anderen Orten entdeckte — kurz ehe der Kaiser von Rußland nach Paris reiste? Auf dieses „Attentat“, das mit dem jetzt gemeldeten eine frappante Ähnlichkeit hat, wiesen wir schon gestern hin. Damals waren wir die ersten, welche die massenhaft verbreiteten Sensationsnachrichten kritisch in nichts auflösten und den Nachweis lieferten, daß es sich um ein von der Polizei, insbesondere Herrn Kolville, gemachtes Attentat handle, dessen Zweck der doppelte war: dem russischen Kaiser die Reise nach Paris zu verleißen und zu gleicher Zeit einige reaktionäre Polizeigevalthaten durchzuführen.

Wir hatten damals die ganze Presse gegen uns. Und schließlich haben wir recht behalten. Der russische Kaiser ließ sich nicht einschüchtern; und die verhafteten Attentäter mußten einer nach dem anderen sang- und klanglos entlassen werden. Und daß jene Verschwörung ein niederträchtiges Polizeiverk war, wurde im englischen Parlament scharf und klar ausgesprochen, ohne daß die Regierung ein Wort der Verteidigung für die schwer angegriffene Polizei sagen konnte.

Jetzt ist es wieder ein Kaiser, der eine Reise machen will — gegen welchen ein Attentat verübt werden soll. Wieder ist es eine Reise, die vielen Leuten und sogar einigen Mächten nicht angenehm ist. Und noch viel mehr als vor zwei Jahren ist die politische Luft mit reaktionären Wädmern erfüllt. Die Luft und der „Nährboden“ sind also für ein Polizei-Attentat noch weit günstiger, als vor zwei Jahren.

Und die Nachrichten, welche jetzt in Umlauf gesetzt werden, bieten dem Zweifel noch bessere Handhaben, als die weit geschäftiger fabrizierten Lügen über das fenisch-anarchistische Attentat des Herrn Kolville.

Die einzige heute vorliegende Depesche über das Attentat, die der Wiedergabe werth ist, aber freilich nur mit allem Vorbehalt gelesen werden darf, stammt aus Alexandrien. Sie lautet:

Nach amtlicher Feststellung enthielt jede der beiden zu dem Attentat gegen Kaiser Wilhelm bestimmten Bomben 2 Pfund Anall-quecksilber und 26 Revolverpatronen von großem Kaliber. Die Bomben selbst bestehen aus galvanisiertem Eisen, das mit Bleidraht umwunden ist. Die Auffindung der Bomben geschah in dem Magazin eines Italieners. Die Sprengwerkzeuge waren in einer Kiste verpackt. Mit der Ueberbringung der Bomben nach Jaffa war ein aus Triest gebürtiger Italiener beauftragt. Dieser hatte sich an Bord des für die Verschiffung der Bomben ausgerechneten Dampfers als Kellner in Dienst nehmen lassen. Eine gleiche Stellung hatte er sich schon in dem Hotel Bristol in Jaffa verschafft, um dort in unauffälliger Weise die Bomben für die zu ihrer Verwendung bestimmten Theilnehmer des Verbrechens aufzubewahren.

Und nun eine kurze Abrechnung mit dem sattem bekannten Blatte des sattem bekannten Herrn v. Karborski, den „Berliner Neuesten Nachrichten“. Dieses Blatt hat die Dummdreistigkeit heute Abend zu schreiben:

Das unfreiwillige Bekenntniß einer schönen Seele findet sich in einer Besprechung der Meldungen aus Ägypten im heutigen „Vorwärts“. Dort ist folgender kostliche Satz zu lesen: „Keiner der



Attentatsgläubigen hat es vermocht, ein vernünftiges Motiv zu entdecken. Nach vernünftigen Motiven kann man bei derartigen beständigen Unternehmungen doch nur dann forschen, wenn man die letzteren nicht grundtätig verabsäumt. Die Anerkennung „vernünftiger“ Motive involviert eine Billigung solcher Anschläge im konkreten Falle. Gibt der „Vorwärts“ die Möglichkeit zu, daß Mordmorde unter Umständen aus „vernünftigen“ Motiven begangen werden können, so steht er dem Mordmorde selbst nicht grundtätig ablehnend gegenüber. Wo bleibt alsdann aber die scharfe Scheidegrenze zwischen Sozialdemokratie und Anarchismus der That?

Das Blatt des Gründers der Laurahütte weiß demnach nicht, daß Verbrecher, welche nicht „vernünftig“, das heißt nicht im Besitz normaler geistiger Fähigkeiten sind, als unzurechnungsfähig für ihre Handlungen nicht strafrechtlich verantwortlich gemacht, und nicht strafrechtlich verurteilt werden können.

Als Herr von Kardoff die Laurahütte gründete, hatte er gewiß „ein vernünftiges Motiv“ — ob es aber ein gutes und edles — wenn auch vielleicht edles — Motiv war, das steht in einem anderen Buch geschrieben.

Gegen das geheime Wahlrecht eifert wieder einmal das „Dresdener Journal“, das Organ der sächsischen Regierung. Anlaß dazu bietet dem Artikelschreiber die für die Herren Reaktionsäre allerdings sehr betrübende Thatsache, daß auch die Militärvereine mehr und mehr vom Sozialismus ergriffen worden sind. So haben in zwei sächsischen Bezirken, in welchen 160 bzw. 56 Militärvereine zur Reichstagswahl zu wählen hatten, nur 55 bzw. 18 davon den Ordnungsbücher gewählt. Es wird dann weiter ausgeführt, daß man, wenn überall die Zahl der stimmberechtigten Militärvereine und der für den Kandidaten der Ordnungsparteien abgegebenen Stimmen in jedem einzelnen Bezirke festgestellt werden würde, jedenfalls sehr betrübende Erfahrungen machen würde. Die Vorsteher der Militärvereine könnten heute in Sachen nicht mehr dafür einstehen, daß auch nur die Mehrzahl der Mitglieder für die Ordnungsparteien stimmen. Diese „bedenkliche“ Erscheinung liegt natürlich an der geheimen Stimmabgabe; diese ist daher zu bekämpfen. Es wird für ganz selbstverständlich erklärt, daß der Unternehmer eine Kontrolle haben müsse, wie seine Arbeiter wählen. Die Arbeitsstätte und der Arbeitslohn sollen nicht durch Heuchelei und Trug erkaufte werden. Der ganze Groll und Haß gegen die geheime Abstimmung kommt noch in einem anderen Satze zum Ausdruck, worin es heißt: „Niemand kann in Abrede stellen, daß hinter dem Verlangen nach geheimer Abstimmung ein gut Teil Feigheit, Hinterlist und Verrug sich verbirgt.“ Wenn man sonst überall für die Öffentlichkeit sei, im Gerichtsverfahren, in der Verwaltung, im Heere u. und wenn man es sogar für notwendig halte, geheime, vertrauliche Schriftstücke zu veröffentlichen, so sei die öffentliche Abstimmung erst recht notwendig.

Dreifach und unverfälscht sind die Wirkungen der geheimen Stimmabgabe wohl noch nie in ihr Gegenteil umgekehrt worden. Heuchelei, Feigheit und Trug, das ist es, was durch die öffentliche Stimmabgabe großgezogen wird. Die Arbeiter, wie überhaupt alle von anderen Kreisen abhängigen Wähler müssen unter Umständen gegen ihre Ueberzeugung stimmen. Doch darüber noch lange Worte zu verlieren, erübrigt sich für uns. Mit unserer Genehmigung, die wir über den Verrug der Ordnungsparteien über die „unsicheren Skantonisten“ der Militärvereine empfinden, wollen wir indeß nicht zurückhalten.

Die Reise des Handelsministers in die Kohlenreviere Oberschlesiens ist, wie aus Kattowitz berichtet wird, vorläufig ausgefallen. — Wir haben gewiß keine allzu hohe Meinung von dem Werthe derartiger Ministerreisen. Lange vorher werden sie vorbereitet und den Beteiligten angekündigt. Kommt doch bei der letzten „Inspektionsreise“, die derselbe Minister in das Braunkohlengebiet der Provinz Sachsen unternahm, berichtet werden, wie gut die Unternehmer über dessen Antritt sich unterrichtet zeigten und wie fleißig sie dann in ihren Betrieben Ordnung schaffen ließen. Wird aber auch dieses Wenige unterlassen, so kann dies nur dazu beitragen, den Arbeitern klar zu machen, daß sie nur auf sich allein angewiesen sind.

Das Ende eines „Anarchisten“. Vor zwei Wochen, als die Polizei liberaler Attentate entdeckte, meldete auch der Draht die Verhaftung eines Anarchisten in Agram. Der betreffende trage den Namen Schriever und sei aus Dortmund gebürtig. Die bei ihm gefundenen Waffen (Revolver und Patronen) hatten ihn in den Verdacht gebracht, daß er ein Attentat beabsichtige und einem Komplott angehöre. So blieb es vor 14 Tagen. Nimmher ist der achtzehnjährige Weggelehrte Aug. Schriever zu seinen Eltern, die ein Wegeregeschäft betreiben, zurückgekehrt. Verhaftet war er, doch ist er nicht verurteilt oder auch nur angeklagt worden. Was er getrieben hat, ist Gegenstand einer ersten Verhandlung — nicht zwischen Oesterreich und Deutschland —, aber zwischen dem Vater und dem Sohn gewesen.

Gegen die „Festsche“ in Rheinland-Westfalen wandte sich, wie wir schon kurz meldeten, die Handelskammer von Rheinland-Westfalen. Diese neueste Aktion des rheinisch-westfälischen Unternehmertums schlägt sich würdig den bisherigen Versuchen an, dem Arbeiter jede Bewegungsfreiheit zu nehmen und ihn gänzlich der Willkür des Arbeitgebers auszuliefern. Die vielen Feste und Stimmereifereien sind den Fabrikanten nur ein Dorn im Auge, wenn in den Fabriken und Werkstätten gerade viel zu thur ist. In Zeiten des Niederganges der Konjunktur hat man noch in Klagen über die mehrtägigen Feste gehört. Selbst wenn man zugeben wolle, daß speziell im Rheinland die Bevölkerung lebenslustiger als in anderen Gegenden Deutschlands ist, hat dann etwa das nach Gold jagende Fabrikantentum das Recht, dem Rheinländer seine festesfrohe Stimmung zu verderben? Hat doch selbst die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ dieser Tage zugegeben, daß z. B. die Arbeit der Süddler im Sommer eine geradezu unerträgliche sei. Die ungewöhnliche Temperatur im August und September dieses Jahres habe den Aufenthalt an den Oefen, Sämmern und Walzenstrahlen fürchterlich gemacht. Hat denn der Arbeiter nicht auch das Recht, seiner selbst im Joch der Arbeit befindlichen Körper dann und wann eine Ausspannung zu gestatten? Die Herren Fabrikanten, die da in Köln getagt haben, werden jedes Jahr sammt Familie ihre sechs bis acht Wochen zur Erholung in irgend einem Seebade oder Luftkurort zubringen. Und dort „verschwendung“ sie, nicht wie in der Versammlung in Köln ausgerechnet wurde, ein paar Mark pro Tag, sondern zum mindesten ebenso viel in hunderten von Mark, als was der Arbeiter bei gelegentlichen Festen in einzelnen Markstücken ausgiebt. Und wenn die Fabrikanten im Winter in die Großstadt zurückkehren, so giebt es Gesellschaften, Bälle, Soupers die Hülle und Fülle, ohne daß die Arbeiter es wagten, über das Festumwehen der Herren Fabrikanten zu zeteren. Wir kennen Fabrikantenfamilien, die im Winter zwei bis drei Abende in der Woche Bällen und Gesellschaften zc. zu widmen haben.

Das gewohnte Maß von Heuchelei wird von den rheinischen Großunternehmern gar zu arg überschritten, wenn sie vorgeben, bei ihrem jetzigen Vorgehen im Interesse ihrer Arbeiter zu handeln, Mitleid mit den Arbeitern zu haben. An dieses Mitleid glaubt kein Mensch, der weiß, wie kalt und grausam in Zeiten der Krise, sei es auch mitten im Winter, die deutschen Unternehmer ihre Arbeiter auf die Straße setzen. Wie haben sie doch seinerzeit nach dem großen Bergarbeiterstreik hunderte von Arbeiterfamilien dem wirtschaftlichen Ruin überliefert!

Heute freilich muß man die Arbeitskraft sich sichern, ihr Maß an Ruhe aufs nothdürftigste reduzieren. Würden doch in diesem Jahre in Rheinland-Westfalen Dividenden von 10, 20, 30, ja 60 pCt. bezahlt. Wofür da die „Festsche“ verantwortlich gemacht wird, zeigen die Ausführungen des Vergaltis Wehrens. Er hob namentlich hervor, daß durch die Festumwehen die Betriebsfähigkeit in den Bergwerken erheblich gefährdet würde! Bis jetzt ist wohl immer

nachgewiesen, daß die Unternehmer im Vergaltis nebst ihrer höheren Beamtenpflicht ihre Pflichten den Arbeitern gegenüber wiederholt vernachlässigt haben, nicht aber, daß Arbeiter das Leben ihrer Kameraden infolge von Unvorsichtigkeit aufs Spiel gesetzt haben.

Die Verkündigung vom vorigen Sonnabend paßt ganz in den Posadovsky-Skreis. Gnädig wird man nach oben den selbstthätigen Wünschen des Unternehmertums das Ohr leihen. Haben doch die Fabrikanten in weiser Berechnung von vornherein bemerkt, daß es den Industriellen fern liege, die patriotischen Feste beschränken zu wollen. Im Gegentheil, die Feste, die den nationalen Gedanken stärken und die Vaterlandsliebe fördern, die sollen nicht angetastet werden.

Erhebungen über die Fleischnoth will, wie die Blätter melden, der Landwirtschaftsminister anstellen. Er soll die Messerungspräsidenten angefordert haben, zu untersuchen, inwieweit die Klagen über die Fleischnoth und über die Steigerung der Fleischpreise gerechtfertigt sind.

Er ist nicht schuldig, der Oberst z. D. Otto in Schweidnitz, von dem wir in der Sonntagsnummer berichteten, daß er bei der Reichstagswahl Wähler, die nicht im Wahlbezirk selbst wohnen, aus dem Wahllokal gewiesen habe. Wenigstens ist dieser Ansicht das Militärgericht in Schweidnitz, wie aus folgendem dem hinausgewiesenen Wähler vom Bezirkskommando in Schweidnitz zugesellten Bescheid hervorgeht. Das Schreiben lautet:

Bezirkskommando Schweidnitz, 14. Oktober 1898.

Ihre unterm 1. d. M. an die königliche Staatsanwaltschaft Schweidnitz gerichtete Strafanzeige gegen den Oberst z. D. Otto in Schweidnitz ist, weil derselbe der Militärgerichtsbarkeit untersteht, hierher abgegeben und diesseits der königlichen 11. Division vorgelegt worden. Derselbe hatte am 13. 10. 1898 verfügt, daß der § 240 R.-Str.-G.-B. im vorliegenden Falle keine Anwendung findet, weil Oberst z. D. Otto Sie weder durch Gewalt noch auch durch Bedrohung mit einem Verbrechen oder Vergehen zum Verlassen des Wahllokals zu nöthigen versucht hat.

Die königl. 11. Division hat deshalb ein gerichtliches Einschreiten gegen Oberst z. D. Otto abgelehnt, zumal zu einem solchen auch aus anderen Gründen kein Anlaß vorliegt. Das wird Ihnen auf Befehl der königl. Division hiermit eröffnet.

v. Richthofen, Oberstleutnant z. D. und Bezirks-Kommandeur. Schade, daß die 11. königl. Division die „anderen Gründe“ nicht angeht. Im übrigen meinen wir, daß die Kriterien des § 240 R.-Str.-G.-B. im vorliegenden Falle vollständig erfüllt sind, wie aus dem Bericht in unserer Sonntags-Nummer zur genüge hervorgeht.

Die besten Volksvertreter sind die Landräthe — so meint der Regierungspräsident Herr von Ziedemann. „Ich selbst“, so schreibt der Herr, der kürzlich in Noworagla als Kandidat zu den Landtagswahlen aufgestellt worden ist, „bin 25 Jahre hindurch parlamentarisch thätig gewesen, ohne je die Empfindung gehabt zu haben, mein Amt beeinträchtigt meine politische Unabhängigkeit, außerdem hat mich meine parlamentarische Erfahrung lehren müssen, daß die Verwaltungsbeamten, namentlich die Landräthe, in Folge ihrer Geschäftskennntnis und unmittelbaren Fühlung mit dem praktischen Leben und mit den Bedürfnissen und Wünschen aller Bevölkerungsschichten für die eigentlichen parlamentarischen Arbeiten geradezu unentbehrlich sind, so daß es im Interesse der Volksvertretung sehr zu beklagen wäre, wenn man ihnen den Eintritt in den Reichstag oder Landtag verwehren wollte.“ — Wir glauben schon, daß unsere reaktionären Landräthe mit der Regierung immer aus reiner Ueberzeugung einverstanden sind, aber gerade darum werden die weitesten Kreise an der Meinung festhalten, daß sie sich desto weniger zu Volksvertretern eignen.

Die dankbaren Großindustriellen Oberschlesiens veranlaßten eine Teuerfeier für den Fürsten Bismarck, bei welcher ein großer Pomp entfaltet wurde. Die ober-schlesischen Magnaten und Fabrikbarone haben dem Todten viel zu verdanken. Durch seine Schutzpolitik machte er sie zu Millionären und die Arbeiter, welche der Profitlust hätten störend entgegengetreten könnten, hielt er durch Knebelgesetze dante.

Düsseldorf, 15. Oktober. Die „Freie Presse“ schreibt: Schneidig, immer schneidig, denkt die Postverwaltung und handelt dementsprechend, wenn die Unterthanen im Reiche des Herrn von Bismarck nur wagen, selbständig für die Verbesserung ihrer Lage zu agitieren. Der Verband der Post- und Telegraphen-Affizienten von Rheinland und Westfalen hatte sich dieser Tage hier in Düsseldorf in der Flora zu einer großen Kundgebung versammelt. Sehr interessant ist, was an dieser Kundgebung drum und dran hängt, denn ein hiesiges Blatt schreibt dazu:

Zu dieser zweiten Hauptversammlung der Mitglieder in Rheinland und Westfalen (die erste fand 1894 hier im Venusbanne statt) waren vom Verbandsvorstand in Berlin erwartet worden die Herren Oberpostassistent Rahnig, Geschäftsführer Oberpostassistent a. D. Junz und der Redakteur des Verbandsorgans „Deutsche Postzeitung“, Oberpostassistent a. D. Hubrich. Herr Hubrich sollte die Hauptrede halten. Aber beim Reichs-Postamt scheint die agitatorische Befähigung des Herrn Hubrich so hoch eingeschätzt zu sein, daß man von dieser Rede einen erheblichen Machtzuwachs des Affizientenverbandes fürchtete, und so richtete das Reichs-Postamt an den Verbandsvorstand und an die Mitglieder der Bezirksverbände des Verbandes in Rheinland und Westfalen einen Erlaß, in dem die bestimmte Erwartung ausgesprochen wurde, daß Herr Hubrich in der Düsseldorf Hauptversammlung nicht reden werde. Dieser Erlaß mit dem Jauchzettel wurde von dem Verbandsvorstand befolgt in der richtigen Erwägung, daß die Widerstandskraft des Verbandes für ernsthafte Kämpfe, die in der Zukunft ruhen, ausgepart werden müssen. Aber wenn der Herr Generalpostmeister geglaubt hat, durch seinen Erlaß der Verbandsbegeisterung das Wasser abzugraden zu haben, so befindet er sich sammt seinen Räten in einem argen Irrthum. Herr Hubrich hätte mit der begeistertsten Rede nicht so agitatorisch fördernd wirken können, wie der au. Erlaß das zu stande gebracht hat. Die Reden, die in der Hauptversammlung gehalten wurden von den Herren Ober-Postassistent Bolker's, Vorsitzender des Düsseldorf Bezirks, Rahnig, Junz, Ober-Postassistent Wüst, Vorsitzender des Ostvereins Düsseldorf u. a., zeichneten sich durch weise sachliche Mäßigung aus, aber sie waren getragen von begeisternder Freudigkeit an dem Wirken des Verbandes. Durch fortwährende stürmische Beifallstungebungen der imposanten Versammlung, zu der 600 Affizienten aus allen Theilen der beiden Provinzen gekommen waren, wurde offenbar, daß der Verband festgelegt und opferfreudig der Verwirklichung seiner Ziele entgegenstrebt. Das Ergebnis der Hauptversammlung ist in folgenden Entschlüssen derselben zusammenzufassen:

Der Ansicht, daß die Vorgesetzten die einzig richtigen Vertreter unserer Interessen sind, halten wir entgegen, daß wir selbst am besten wissen, wo uns der Saub drückt, wir selbst wollen ein Wortchen bei Wahrung unserer Interessen mitreden. Wir wollen alle Pflichten, die wir als solche erkennen, treu und gewissenhaft erfüllen, aber wir wollen auch kein Jota von unseren staatsbürgerlichen Rechten abgeben. Einer für Alle, Alle für Einen war, ist und bleibt unsere Parole.“ Anders als im Sinne dieser Entschlüsse hätte Herr Hubrich auch nicht gesprochen. Warum nun dem Manne den Mund verbieten? Der Herr Postgeneral ahnt vielleicht gar nicht, wie es im Herzen seiner Post-Unterthanen ausfällt. Immer nur weiter mit solch schneidigen Erlassen!

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung wurde gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I gegen den Maurer August Kersch verhandelt. Im vorigen Jahre hatte Kersch sich wegen einer gleichen That verurtheilt, er ging aber frei aus, da den Belastungszeugen nicht voller Glaube geschenkt wurde. Jetzt

soll Kersch sich wiederum am 27. Januar, am Geburtstage des Kaisers, über denselben in der unflätigsten Weise geäußert haben. Wie aus der Urtheilsverhandlung hervorging, hatte der Angeklagte einen Entlastungsbeleg angetreten, der aber vollständig mihglückt war. Diesmal theilte der Gerichtshof den Belastungszeugen vollen Glauben und verurtheilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre.

Gesoffe Regenfuß in Rendsburg, der von der Kieler Strafkammer wegen Majestätsbeleidigung, begangen während der Wahlbewegung in der Diskussion in einer gemäßigten Versammlung, zu 2 Monaten Festungshaft verurtheilt ist, hat am Dienstag seine Strafe in der Festung Ehrenbreitstein angetreten.

### Schweiz.

Ueber die Korruption des italienischen Regierungssystems und die Umtriebe der italienischen Polizeispigel in der Schweiz veröffentlicht die „Verner Tagwacht“ eine Reihe interessanter Artikel, denen folgende Einzelheiten entnommen sind: Zur Charakteristik des berüchtigten und nunmehr aus der Schweiz ausgewiesenen Santoro, dem italienischen Stieber, trägt die „Verner Tagwacht“ nach, daß derselbe 1891, als die sozialistische Bewegung erfreulichen Aufschwung nahm und die Unzufriedenheit des Volkes mit seinem Gend immer größer wurde, die besannenen Bomben-Attentate arrangierte, wegen deren dann die von den schurkischen Spigeln verführten armen Opfer schwer bestraft wurden. Aber der Regierung des gleichwertigen Crispi war damit geholfen und zum Danke für seine „staatsretterischen Thaten“ wurde Santoro zum Direktor der Zwangskolonie Nerto Ercole befördert, wohin auch seine behörten Opfer kamen. Hier betrog und bestahl aber Santoro den Staat und die Deportierten quälte und folterte er aufs unmenschlichste und ließ sodann die empörten Menschen von den Soldaten niederschlagen. Infolgedessen wurde er zurückgerufen und zum Polizeikommissar ernannt, worüber er aber sehr aufgebracht war. Aus Rache intriguirte er gegen Crispi, so daß dieser gegen ihn die Unternehmung einleitete, worauf jedoch Santoro nach Frankreich flüchtete. In contumacia ist er dann zu acht Jahren Gefängnis verurtheilt worden.

Aus Frankreich ausgewiesen, kam Santoro in die Schweiz, um da im Dienste der italienischen Regierung und unter dem Saug der italienischen diplomatischen Agenten Spigel und Lockspigel-Arbeit zu verrichten. Die „Verner Tagwacht“ führt auf seine Verleumdungen und auf die Thätigkeit seiner Freunde die Ausweisung Bergmann's aus Genf und die Ausweisung anderer Sozialisten zurück und beschuldigt „elliche diplomatische Agenten, daß sie nichts anderes als ganz gemeine, gewissenlose, ja verbrecherische Lockspigel sind, ohne Achtung vor den Gesetzen des Landes, dessen Gäste sie sind.“

Herrn macht unser Verner Parteiblatt auf den interessanten Umstand aufmerksam, daß Lucheni ursprünglich den Herzog von Orleans, den Feind und Beleidiger Italiens ermorden wollte, und da ihm dieser nicht erreichbar war, die unglückliche Kaiserin von Oesterreich das Opfer wurde. Das Attentat sei vom anarchischen Zirkel in Lausanne ausgegangen, in dem sich einige verdächtige Individuen befanden, die nicht Anarchisten waren, Leute, die nicht arbeiteten, aber immer Geld hatten, die das große Wort führten und immer heytien und provozirten, daß etwas geschehen müsse, daß eine große That begangen werden müsse, und so geschah die Ermordung der Kaiserin von Oesterreich. Die „Verner Tagwacht“ fordert den Bundesanwalt auf, diesen Dingen energisch nachzugehen, er wird dann das Genfer Attentat als ein „königlich italienisches Polizeispigel-Attentat“ erlernen.

Nach den Leistungen der italienischen Regierung und ihrer Spigelwerkzeuge klingen diese Enthüllungen durchaus nicht unglücklich. Die „Verner Tagwacht“ ist offenbar von ihrer Richtigkeit überzeugt und sie meint daher, die zivilisirten Staaten Europa's sollten gemeinsame Schritte nicht gegen die Anarchisten, sondern, was notwendiger ist, gegen ein verrathenes Regierungssystem unternehmen, das, wie das italienische, alle die menschlichen Schandthaten seiner mittelalterlichen Vergangenheit am Ende des 19. Jahrhunderts wieder ausleben läßt und für die Folgen dieser infernalischen Regierungsweise ein zivilisirtes und geordnetes Staatswesen, wie die Schweiz, verantwortlich zu machen die Freiheit hat.

In der That, die europäischen Regierungen erhöhen nicht ihr Ansehen, wenn sie bei den dunklen Plänen der italienischen Schredensmänner und Henschrecke mitwirken wollen, wenn sie sich mit Verbrechern in Amt und Würden verbänden, statt sie vor das Forum Europa's zu laden und ihnen zu sagen, was sie zu thun und zu lassen haben.

Die in Basel verhafteten zwei italienischen Sozialisten, die offenbar von Spigeln als Anarchisten denunzirt waren, wurden auf das Einschreiten des Präsidenten des Arbeiterbundes wieder freigelassen. Der Vorgang veranlaßte die Basler Regierung, an das eidgenössische Justizdepartement in Bern ein Schreiben zu richten wegen des Verfahrens bei der Ausweisung von Anarchisten.

### Frankreich.

Paris, 17. Oktober. (Fig. Ver.) Die Gerichte über die militärische Verschwörung haben eine wichtige Zusammenkunft der Vertreter aller sozialistischen Organisationen veranlaßt. Neben den Vertretern der vier Hauptrichtungen (Guesdisten, Blanquisten, Allemanisten und Possibilisten) beteiligten sich daran verschiedene unabhängige Organisationen, sowie die Chefredakteure der wichtigsten sozialistischen Zeitungen von Paris, Lyon und Lille. Gegenstand der Beratung war ausschließlich die kritische Situation des Landes. Ohne jede nervöse Reizung, die der Republik drohende Gefahr zu überstreben, war man sich doch darüber einig, daß die sozialistische Partei verständig ist, in ihrer Gemeinsamkeit für eine eventuelle gemeinsame und einheitliche Aktion Vorjorge zu treffen. Ebenso einig war man sich darüber, daß es sich nur um eine Defensivaktion gegen Herral-militärische Anschläge handeln kann. Das Ergebnis der Beratungen ist in der folgenden, einstimmig angenommenen Resolution niedergelegt:

Die Organisationen, die Erwählten (Abgeordnete und Pariser Gemeinderathmitglieder) und die Presseorgane der sozialistischen Partei, versammelt am 16. Oktober, erklären, angeführt der bedrohlichen Lage, in der sich die Republik befindet, daß sämtliche sozialistischen und revolutionären Kräfte geeinigt, entschlossen und bereit sind, allen Eventualitäten die Spitze zu bieten. Die gesammte sozialistische Partei protestirt gegen die begangene Verletzung der gewerkschaftlichen Freiheit und des Koalitionsrechts und rechnet, trotz der Fehler der bourgeois Regierungslente, auf den Willen des ganzen Proletariats, die Republik zu vertheidigen.

Sie wird der militärischen Verschwörung nicht gestatten, die allzu wenigen republikanischen Freiheiten anzutasten, und wird die Strafe nicht der Reaktion und deren Gewaltthaten überlassen. Zu diesem Zwecke hat sie ein ständiges Wachsamkeits-Komitee (comité de vigilance) geschaffen, in welchem alle organisirten sozialistischen Kräfte vertreten sind. Doch die soziale Republik!

Das Komitee besteht aus je zwei Vertretern der Organisationen, der Kammer- und der Gemeinderathskommision und der Presseorgane. Es zählt insgesamt 40 Mitglieder. Von der Abfassung eines Manifestes wurde Abstand genommen, da prinzipielle Meinungsverschiedenheiten die allseitige Einigung über einen bestimmten Text unmöglich gemacht hätten. Die Zusammenkunft umfaßte ja die Vertreter sämtlicher Richtungen und Schattirungen, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken des Sozialismus.

Das Wachsamkeits-Komitee ist seinem Ursprung und seiner Aufgabe gemäß ein provisorisches Organ, das mit der Lösung der gegenwärtigen Krise verschwinden würde. Nichtsdestoweniger darf man es als den ersten Schritt zur Schaffung eines normalen Einigungsorgans der sozialistischen Richtungen betrachten. — Der Mißerfolg des Eisenbahner-Streik.



Beispiels ist gestern vom Gewerkschaftsvorstand in einer  
Sachvermittlung anerkannt worden. Der Leiter der Gewerkschaft,  
Gendard, verweigerte das Verhalten des Vorstandes mit  
dem Generalfreil.-Beschluss des letzten Kongresses und dem  
Wehrheitsentscheid der nochmals befragten Gruppen. Klar  
ist jedenfalls soviel, daß der Vorstand, in der abstrakten  
Generalfreil.-Idee befangen, den allerungünstigsten Zeit-  
punkt für das Loslösen gewählt hat. Und wenn selbst diejenige  
Lokalgruppe, die sich für den Streit ausgesprochen, wenige Tage  
darauf ihren eigenen Beschluß nicht durchführte, so muß man daraus  
schließen, daß die Masse der Mitglieder die allgemeine Situation  
und die wirkliche Kraft der Organisation richtiger eingeschätzt haben  
als die leitende Minderheit. Noch näherliegender ist freilich der  
Schlag, daß die Eisenbahner-Gewerkschaft, die bisher für eine  
der stärksten galt, auf einer sehr schwachen organisatorischen Grund-  
lage aufgebaut ist. . . . . Daß der so traurig mißlungene Streit-  
beschluß einen tiefen Einfluß auf das Gedeihen der Gewerkschaft hat  
er wird, ist leider zu befürchten. Die Niederlage wäre aber vielleicht  
nicht zu teuer erkauft, wenn sie die französischen Gewerkschaftler  
eine mächtigere Bewehrung ihrer Kraft lehrte. —

In Paris fanden gestern 14 Gemeinderaths-Nach-  
wahlen statt, darunter 13 zur Ersetzung von in die Deputierten-  
kammer gewählten Mitgliedern. Der Wahlkampf vollzog sich unter  
allgemeiner Gleichgültigkeit. Die öffentliche Aufmerksamkeit war auf  
die politischen Vorgänge und die Streiks konzentriert. Eine ungemein  
große Zahl fesslungsträger Kandidaten und eine ungemein schwache  
Wahlbereitschaft. So kam denn nur eine einzige Wahl (eines  
Linksradikalen) zu stande. Die 13 Stichwahlen finden am nächsten  
Sonntag statt. In einigen Wahlbezirken sind die Aussichten der  
Sozialisten günstig. Zu behaupten waren zwei alte sozialistische  
Kandidaten. —

Paris, 17. Oktober. Die „Agence Havas“ verbreitet folgende  
Notiz: Mehrere Blätter meldeten die Rückberufung des Admirals  
Journier nach Toulon und die Kriegsausrüstung nach Vrest be-  
stimmter Schiffe. Der erste Teil dieser Meldung ist richtig, da  
Admiral Journier vor dem Marineminister Locheux nach Toulon  
zurückgekehrt ist. Was den zweiten Teil der Meldung angeht, daß  
Schiffe kriegerisch ausgerüstet seien und nach Vrest geschickt werden  
sollten, so ist derselbe unbegründet.

Andererseits erhält sich in Paris das Gerücht, als sei ein An-  
schlag gegen Tripolis beabsichtigt, auf welches man belamellig  
in Frankreich schon längst sein Augenmerk gelenkt hat. —

Paris, 18. Oktober. Der Berichterstatter des Kassationshofes,  
Rath Bard, hat die Durchsicht der Drehfus-Akten beendet und be-  
reitet mit der Redaktion seines Berichtes begonnen. Der Advokat  
Mornard, der die Verteidigung der Familie Drehfus führt, hat  
bereits das ganze Drehfus-Dossier studiert und glaubt, daß die  
Revisionsverhandlung in der ersten Hälfte des November stattfinden  
wird. —

### Italien.

Rom, 15. Oktober. (Eig. Ber.) Der „Avanti“ veröffentlichte  
dieser Tage einen Brief eines zu Zwangswohnsitz Verurteilten.  
Derselbe befindet sich in der afrikanischen Kolonie Assole. Nachdem  
ihm seit Monaten die Korrespondenz abgeschnitten gewesen, ist es  
ihm schließlich gelungen, das betreffende Schreiben absenden zu  
lassen. Der Schreiber beschwert sich über die schlechte, ungenügende  
Kost, die in fast nichts Weiterem besteht, als schlechtem Brot, selten  
ein wenig Fleisch und salzigem Wasser. Zwei der Gefangenen, die  
wohlverstanden nur politische „Verbrecher“ begangen haben, sind  
der schlechten Behandlung bereits erlegen. —

Die Genossen Turati und Chiessi sind in einem Orte der  
Romagna einstimmig in den Gemeindevorstand gewählt worden.  
Auch diese Protestwahl zeigt, daß das Volk über die von der  
Reaktion Befolgten ganz anders urtheilt. —

### Rußland.

Petersburg, 18. Okt. Dem „Regierungsboten“ zufolge wird  
der neue Entwurf der finnländischen Verfassung, welcher  
legtere in Einklang mit den betreffenden russischen Reichsgesetzen  
bringen soll, einer auf den 19. Januar einzuberufenden außer-  
ordentlichen Versammlung des finnländischen Landtags zur Begut-  
achtung darüber überwiesen werden, wie weit derselbe nach  
den lokalen Verhältnissen Finlands praktisch anwendbar sei; schließlich  
solle der Entwurf, da er den Charakter und die Bedeutung eines  
allgemeinen Reichsgesetzes habe, zur Behandlung im russischen Reichs-  
rath gelangen. Das Blatt bemerkt hierzu: Durch die geplante  
Reform wird nicht nur eine organische Verbindung der finnländischen  
Truppen mit der russischen Armee getroffen, sondern auch ein wichtiger  
Schritt zur Einbürgerung der staatlichen Ordnung im finnländischen  
Grenzgebiete Rußlands gethan. —

### Serbien.

Belgrad, 18. Oktober. Das Erscheinen des „Objekt“, des  
Hauptorgans der Radikalen, wurde für die Dauer eines Jahres ver-  
boten. —

### Türkei.

Konstantinopel, 17. Oktober. Der Minister des Aeußeren,  
Levitz Pascha, theilte gestern den Dragomanen der vier Vorkonten  
mit, daß die Worte alle Bedingungen des Ultimatus annehme.  
Der Minister rath wird morgen oder übermorgen die offizielle Ant-  
wort der Worte an die Vorkonten feststellen. In den Kreisen der  
Worte wird erklärt, daß am Mittwoch mit Zurückziehung der türkischen  
Truppen von Areta werde begonnen werden. —

### Asien.

Die Pest in Indien. Aus Simla wird vom 17. d. M. ge-  
meldet: Die amtlichen Berichte über die Erkrankungen an der Pest  
in der letzten Woche lassen in der Stadt Bombay eine geringe Ab-  
nahme der Pestfälle erkennen. Es kamen dort 200 Todesfälle vor.  
Aus der Präsidentschaft Bombay wurden indessen 4300 Todesfälle  
gemeldet; ebenso ist in den Staaten Mysore und Baroda eine stät-  
liche Zunahme der Pesterkankungen festzustellen. In der Stadt  
Bangalore starben 244 Personen. In Karachi und in dem süd-  
lichen Indien kamen keine Fälle von Pest vor. —

### Amerika.

New-York, 18. Oktober. (Frank. Zig.) Die Reden Mac-  
Kinley's, der sich gegenwärtig auf einer Reise im Westen be-  
findet, betonen immer stärker die Nothwendigkeit von  
Kolonten für den amerikanischen Handel. Man schließt aus  
diesen Reden, daß die Annexion des größten Theils der  
Philippinen beschloffen ist. —

## Kampf um das Koalitionsrecht!

Wie die Koalitions-„freiheit“ heute aussieht,

dafür bringt das „Korrespondenz-Blatt“ folgendes drastische  
Beispiel:

Am 22. Juli 1897 verurtheilte das Schöffengericht in Apenrade  
den Bevollmächtigten der Zählstelle des Holzarbeiter-Verbandes zu  
vier Wochen Gefängnis, weil er in der „Holzarbeiter-Zeitung“ und  
in der Zählstellen-Versammlung bekannt gegeben, daß über die  
Zählstellenverfassung von G. die Sperre verhängt sei. G. hatte sich  
geweigert, die durch Vereinbarung, nicht durch einen Streit, in allen  
anderen Zählstellen eingeführte 10stündige Arbeitszeit zu be-  
währen. Ein Zähler, der nicht Mitglied des Holzarbeiter-Verbandes  
war, schloß sich durch diese Bekanntmachung veranlaßt, die Arbeit  
bei G. aufzugeben. Das Schöffengericht sah in dieser Bekanntgabe  
eine Verhöhnung und Verursachung, weil die Verhängung der  
Sperre gleichbedeutend mit Ausschluss der Arbeiter aus dem Ver-  
bande sei, die dort in Arbeit treten würden. In der Begründung  
des Schöffengerichts-Erkenntnisses kommt folgender charakteristische  
Satz vor: „Strafmüßend sei die Unbestimmtheit des Angeklagten,  
strafwürdig die frivole Handlungsweise, andere, welche ernstlich  
Arbeit suchen und zufrieden mit ihrer Arbeit sind, davon  
ab- und zurückzuhalten!“ Auch ein von tiefer ökonomischer  
Erkenntnis zeugender Satz wird in dem Urtheil aus-  
gesprochen, und zwar folgender: „Ein Grund, die Arbeitszeit zu

verkürzen, liegt bei dem gemüthlichen und einfachen Handwerks-  
betriebe in kleinen Orten nicht vor. Um derartigen unthunlichen Be-  
schränkungen ein für allemal entgegen zu treten, ist eine scharfe Strafe  
am Plage.“

Dieses Urtheil ist auch insofern interessant, als es deutlich zeigt,  
wer in den heutigen Laiengerichten Recht spricht. Das Landgericht  
hob dann auf erfolgte Berufung das Erkenntnis auf und sprach den  
Angeklagten frei. Was aber laum zu erwarten war, geschah: Auf  
die Revision der Staatsanwaltschaft hin wies das Oberlandes-  
gericht in Kiel am 24. November 1897 die Sache zur nochmaligen  
Verhandlung an das Landgericht unter einer Begründung zurück,  
daß namentlich eine Verurteilung erfolgen müsse. Das Ober-  
landesgericht schloß sich den Gründen des Schöffengerichts vollinhalt-  
lich an. Die Verurteilung vor dem Landgericht erfolgte am  
28. Februar 1898 und die nochmals bei dem Oberlandesgericht ein-  
gelegte Revision wurde am 15. Juni 1898 verworfen.

Wenn solche Urtheile bei dem gegenwärtig bestehenden  
Koalitionsrecht möglich sind, dann gehen wir nicht zu weit — und  
wir wiederholen dies unsere Meinung — wenn wir sagen, es werde  
nach Inkrafttreten des in Aussicht stehenden Zuchtengesetzes nicht  
der Sazzen eines Rechts mehr übrig bleiben.

### Protestveranstaltungen

gegen die Zuchtensvorlage wird weiter abgehalten worden in  
Briegzen in der Mark Brandenburg, Pöhned i. Th. (zwei  
Versammlungen), Darmstadt, Aschersleben, Kaisers-  
lautern.

## Preussische Landtagswahlen.

### Sozialdemokratische Wahlvorbereitungen.

Als sozialdemokratischer Kandidat für den Landtags-Wahlbezirk  
Altona wurde einstimmig Reichstags-Abgeordneter Rollen-  
bühr aufgestellt.

In Breslau, das in 422 Urwahlbezirke eingetheilt ist, stellt  
die Sozialdemokratie, gemäß den Beschlüssen der letzten Partei-  
versammlung, in 256 Bezirken eigene Wahlmänner für die  
dritte Abtheilung auf. In den übrigen Bezirken soll sofort für die  
Freiwilligen gestimmt werden. Für die zweite Abtheilung werden,  
wie die „Breslauer Morgenzeitung“ mittheilt, eigene Wahlmänner  
überhaupt nicht aufgestellt. Unsere Gefinnungsgenossen in dieser  
Klasse sollen auch dort ihre Stimme sofort für den Freistimm abgeben.

### Staatliche Beiträge zum Volksschulwesen.

Es ist eine bekannte Thatsache, daß unsere armen „Noth-  
leidenden“ von jeher bestrbt gewesen sind, die Kosten für die noth-  
wendigen Ausgaben des Staates von sich abzuwälzen. Besonders  
deutlich tritt dies Bestreben auf dem Gebiete des Volksschulwesens  
hervor, das die Junker für etwas so Nebenächtliches und Ober-  
flächliches halten, daß sie, wenn es nach ihnen allein ginge, die  
Volksschule völlig verkümmern lassen würden. Auch die ge-  
ringste Ausgabe für die Volksschule erscheint ihnen zu hoch,  
und sie machen von den Staatszuschüssen den ausgiebigsten  
Gebrauch. So wurden nach der letzten erschienenen Statistik  
des gesamten niederen Schulwesens im preussischen Staat zu den  
persönlichen Kosten als Bedürfniszuschuß in sämtlichen Städten der  
Monarchie 1 360 000 M. gezahlt. Die Hälfte dieser Summe entfiel  
auf die Städte der Provinzen Ostpreußen, Pommern und Polen.  
Für das Land betragen die Bedürfniszuschüsse zu den persönlichen  
Schulkosten etwa das Vierfache, nämlich 5 169 000 Mark und  
diese Summe vertheilte sich etwas gleichmäßiger über  
das Staatsgebiet, wenn auch die größeren Quoten noch auf  
den Osten entfallen. Aus dem Schulkosten-Gesetz erhielten die  
Städte 3/4 Millionen, das Land 18/20 Millionen. An Dienstleistungs-  
und persönlichen Zulagen zahlte der Staat in den Städten 1 878 000  
Mark, auf dem Lande 7 392 000 M. Zu den Pensionen trug der  
Staat in den Städten 1 074 000 M., d. h. ein Drittel der Gesamtsumme  
bei, auf dem Lande dagegen 3 200 000 M., d. h. nahezu  
zwei Drittel. Größer aber ist der Unterschied bei der Vertheilung der  
Staatsleistungen zu den sachlichen Schulleistungen. Während der  
Staat für Schulbauten in den Städten nur 48 860 M. aufwandte,  
zahlte er für das Land 1 128 000 M. Aus dem Patronatsfonds  
koffen den Städten 10 827 M., dem Lande 470 000, durch königliche  
Gnadebewilligung den Städten 81 728 M., dem Lande 1 448 000 M.  
zu. In den sonstigen sachlichen Schulausgaben trug der Staat in den  
Städten 82 178 M., auf dem Lande 1 494 000 M. bei. Aus von dieser  
letzteren Summe entfällt der größere Theil auf die Ostprovinzen, auf  
Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Pommern, zusammen 950 000 M.  
Aberdings muß man hierbei in betracht ziehen, daß die Zahl der  
Lehrkräfte in den Städten und auf dem Lande sich wie 3:5, die  
Zahl der Schulkinder sich wie 1:2 verhält; aber selbst unter Ver-  
sichtigung dieses Zahlenverhältnisses ist das platte Land den Städten  
gegenüber in hohem Maße bevorzugt, zumal da die größeren Städte  
so gut wie gar keine staatlichen Aufwendungen erhalten. Trotzdem  
werden die Agrarier in ihrer bekannnten Vergehrtheit auch im  
nächsten Landtage nicht anhöhen, über die zu großen Lasten zu  
klagen, die ihnen durch das Lehrerbefoldungs-Gesetz auferlegt sind.

## Partei-Nachrichten.

Zum Gedächtniß Grillenberger's. Heute ist es ein Jahr,  
daß einer der treuesten, müthigsten und erfolgreichsten Vorkämpfer  
der Arbeiterbewegung die Augen für immer schloß. Wie ein Blitz  
aus heiterem Himmel traf am 19. Oktober 1897 die Nachricht vom  
Tode Karl Grillenberger's unsere Partei. Von einer Sitzung der  
bayerischen Abgeordnetenkammer kommend, wo er seine letzte Rede  
für die Erweiterung der Volksrechte gehalten, hatte Grillen-  
berger in München auf der Straße einen Schlaganfall er-  
litten. Wenige Stunden darauf endete sein thatenreiches Leben.  
An seiner Bahre trauerte die Sozialdemokratie des In- und Aus-  
landes in aufrichtigem Schmerz, und auch die Gegner, mit denen  
er so manchen harten Strauß bestanden, zollten unterwürdig dem  
Helden des organisierten Proletariats den Tribut ihrer Sympathie.  
Die Presse aller Parteien und aller Distrikte Deutschlands gedachte  
Grillenberger's Wirken mit ehrender Anerkennung und die Mitglieder  
des bayerischen Parlaments wie die Vertreter der Stadt München  
gaben, im Verein mit der Arbeiterschaft Münchens, seiner Leiche  
das Geleit.

Für das, was Grillenberger geleistet hat, zeugt am deutlichsten  
die Hauptstätte seines Wirkens, der Distrikt Nürnberg-  
Fürth. Die Arbeiterschaft daselbst ist unter seiner Leitung  
und Pflege eine Elitetruppe der deutschen Sozialdemokratie  
geworden, und nicht herrlicher konnte sie den todtten Meister der  
Propaganda ehren, als es durch die glänzenden Siege bei der letzten  
Reichstagswahl geschehen ist.

Die Liebe der Parteigenossen hat dem verstorbenen Freunde auf  
dem Zentralfriedhofe zu Nürnberg ein Denkmal errichtet, das  
nächsten Sonntag enthüllt werden wird. Möge es dem heran-  
wachsenden Geschlechte eine Mahnung sein, im Kampfe um die Be-  
weiligung unserer großen Ziele allzeit furchtlos seine Pflicht zu  
thun und auszuhalten treu und redlich wie er!

Zu der „Leipziger Volkszeitung“ hat Genosse Babel zu den  
Ausführungen, die der Verfasser der Artikel „Glossen zum Parteitag“  
bezüglich des „Vorwärts“ gemacht hat, eine Erwiderung veröffentlicht.  
Babel spricht die Auffassung aus, die auch wir theilen, daß die Arbeiter-  
schaft Berlins einen weitreichenden, ja maßgebenden Einfluß auf ihr Blatt  
habe. Der Verfasser der Glossen repliziert darauf nochmals; wir glauben  
jedoch, auf seine Ausführungen nicht eingehen zu sollen, da wir  
unsere Anschauungen über das Verhältnis des „Vorwärts“ als  
Zentral- und Lokalorgan in mehreren Artikeln genügend aus-  
gesprochen haben. Auch Babel verzieht in einer weiteren Zuschrift  
an die „Leipz. Volksztg.“, von der er uns bereits Mittheilung machte,  
weiter auf diese Angelegenheit einzugehen.

Genosse Babel macht auch im Verlauf seiner Ausführungen  
einige kritische Bemerkungen über den „Vorwärts“. Diese sind jedoch  
so allgemein gefaßt, daß wir vorziehen, statt einer augenblicklichen  
Entgegnung, die die Sache selbst nicht fördern könnte, mit Genossen  
Babel persönlich Rücksprache zu nehmen. Die Redaktion des „Vor-  
wärts“ wird es gewiß nicht daran fehlen lassen, positive Ver-  
besserungsvorschläge Babel's durchzuführen.

Beihiligung an den Stadtverordnetenwahlen in Grabow  
bei Stettin beschloß der Sozialdemokratische Wahlverein des Kreises  
Randoow-Greifenhagen.

Mit dem Thema der Taktik beschäftigte sich eine Partei-  
versammlung in Kiel. Sie legte ihre Anschauungen in folgender  
Resolution nieder:

1. Die von dem Reichstags-Abgeordneten Genossen Heine  
wenn auch erst für spätere Zeit empfohlene Kompensations-  
politik, welche darin gipfelt, dem kapitalistischen Staat und seinem  
Werkzeug, dem Militarismus, Kanonen gegen Volksrechte zu be-  
willigen, übersteht den Umstand, daß die Arbeiterklasse durch Ver-  
stärkung des Militarismus dem Klassenstaat selbst die Mittel zu  
ihrer eigenen Vernichtung liefern würde;

2. die Auffassung, daß das Endziel nur eine Deloration  
des Parteiprogramms darstelle, die nur bei außergewöhnlichen An-  
lässen zur Schau getragen zu werden brauche, die aber für die  
praktische Agitation, namentlich die Landagitation, ohne Bedeutung,  
wo nicht überflüssig oder gar hinderlich sei, ist als irrtümliche  
Privatmeinung einzelner Genossen zu bezeichnen. Die Endziele  
geben nicht nur der ganzen Bewegung die Richtung an, sondern ihre  
Betonung verleiht auch der Sozialdemokratie jene Begeisterung und  
Herkraft, die sie vor allen Parteien auszeichnet und die Sache der  
Proletariat als zur Sache der Menschheit macht. Der Landagitation  
dieser prinzipiellen Untergrund rauben, heißt die gegnerische Legende  
vom antisozialistischen Bauernschädel unverserits akzeptiren,  
deshalb begrüßen es die Kieler Parteigenossen mit Gemüthlichkeit,  
daß der Parteitag in seiner Majorität für die Beibehaltung  
der altbewährten sozialrevolutionären Taktik der Partei sich ent-  
schieden hat;

3. der Gegensatz zwischen Theoretikern und Praktikern,  
der auf dem Parteitag zu konstatiren versucht wurde, kann und darf  
in Wirklichkeit nicht existiren. Praktische Arbeit, die nicht durch die  
Theorie ihre Direktive erhielt, würde notwendigerweise in un-  
zusammenhängendes Experimentiren ausarten. Theorie ohne Praxis  
kennzeichnet den längst überwundenen utopistischen Entwicklung-  
Standpunkt des Sozialismus.

Todtenliste der Partei. In Vornburg ist der Parteige-  
nosse Ernst Germer gestorben. Er war in der Arbeiter-  
bewegung schon seit den vier Jahren thätig und hat allzeit müthig  
seinen Mann gestanden. Ehre seinem Andenken!

In Königsberg i. Pr. ist der Parteigenosse Mahren-  
holz, Kassirer der Saalbau-Kommission, mitten in seiner Berufs-  
arbeit infolge eines Herzschlags aus dem Leben geschieden. Er  
geliebte sich durch musterhafte Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit  
aus. Die Parteigenossen Königsbergs werden seiner feid in Ehren  
gedenken.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Achtung, Vergolder! Nachdem das Gewerbegericht die Ar-  
beiter von August Bernmeister wegen Kontraktbruchs verurtheilt hat,  
haben sämtliche 18 Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen und  
wurden nach Wiederaufnahme der Arbeit von dem Fabrikanten  
jeweils 15-20 pCt. Lohnhöhung zugewilligt. Bis jetzt hat sich nur  
die Firma Reumann, Hemig u. Co. geweigert, die sehr geringe  
Forderung anzuerkennen und wird deshalb ersucht, den Bezug bis  
zur Regelung der Angelegenheit fernzuhalten. Die Agitations-  
Kommission der im Vergoldergewerbe beschäf-  
tigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

### Deutsches Reich.

Der Ausstand der Maurer in Neumünster wird nach  
einem einstimmigen Beschluß der Ausständigen fortgesetzt. Es wurde  
zwar in Erwägung gezogen, daß bereits eine Anzahl Streikbrecher  
die Arbeit aufgenommen hat, aber die am Ort sehr günstige Bau-  
konjunktur ließ die Streikenden an einem Erfolg ihrer Sache nicht  
zweifeln.

Die Rosler und Wickelmacher der Zigarenfabrik Glämann  
und Kallid in Stregau in Schlesien legten am 15. Oktober die  
Arbeit nieder. Die Streikenden fordern eine kleine Lohnhöhung  
und die Abschaffung vieler Mißstände.

Eine Konferenz der Thüringer Metallarbeiter fand am  
Sonntag, den 16. Oktober, in Weimar statt. Aus 23 Orten  
waren 51 Delegirte erschienen, die 3313 Metallarbeiter vertraten.  
Vom Hauptvorstand des Metallarbeiter-Verbandes war der Vorsitzende  
Alexander Schilde erschienen.

Beachtenswerth ist die Stellung der Konferenz zur Arbeits-  
losen-Unterstützung, die in folgender Resolution wieder-  
gegeben ist: „Die Konferenz hält den weiteren Ausbau des Unter-  
stützungswesens im Deutschen Metallarbeiter-Verband für notwendig  
und empfiehlt als ersten bedeutenden Schritt der 1899 zu Ehren  
togenen Generalversammlung des Metallarbeiter-Verbandes, die  
Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung, die zunächst geeignet ist,  
die Stabilität des Mitgliederbestandes zu sichern und ein ferneres  
Wachsen des Verbandes zu garantiren.“

Eine Metallarbeiterkonferenz für Nordbahren tagte in  
Rürnberg. Dieselbe beschäftigte sich hauptsächlich mit der Frage der  
Arbeitslosen-Unterstützung. Nach einem Referate des Genossen  
Segig und eingehender Diskussion wurde eine Resolution an-  
genommen, in der sich die Versammlung mit der Ein-  
führung der Arbeitslosen-Unterstützung prinzipiell einverstanden  
erklärt und den Vorstand beauftragt, der nächsten Generalversamm-  
lung einen dissonanzfähigen Bericht zu unterbreiten.

Die streikenden Metallarbeiter bei Lößlein u. Kraft in  
Nürnberg erhielten am Sonnabend ihre Entlassung. Der Streit  
dauert unverändert fort.

### Ausland.

Der Streik der Wiener Buchbinder zeigt keine veränderte  
Situation. Am Montag fand eine gut besuchte Beiliffenversammlung  
statt, in der eine kampfesfreudige Stimmung herrschte. Die  
Meister haben am Sonntag beschloffen, sich in keine Verhandlungen  
einzulassen.

## Soziales.

Arbeiter-Nisse. In einer Färberei in Unter-Warmen  
wurden durch Explosion des Dampfkessels 5 Personen  
verletzt, darunter ein Heizer schwer.

Brausebäder für die Arbeiter sind auf dem Lüneburger  
Eisenwerk eingeführt worden. Durch die Benutzung dieser  
wohlthätigen Einrichtung erwasden den Arbeitern keinerlei Kosten,  
auch können sie das Bad zu jeder beliebigen Zeit nehmen. Sie  
haben nur nöthig, den Raschmisten zu verständigen. An einem  
bestimmten Tage der Woche sind die Bäder für die Frauen reservirt.

Zum Kapitel der Armenpflege. Ein katholisches Blatt  
Bayerns berichtet unterm 12. Oktober: „In Orte Tröbes ist vor  
einigen Tagen der Armenhäuser Reuber todt im Bette  
liegend aufgefunden worden. Derselbe mußte im Kurnus bei den  
Gemeinde-Angehörigen alltäglich keine Kost in Empfang nehmen.  
Reuber, der schon nahe an den 80er Jahren stand, konnte seit  
einiger Zeit sich bei seinen Kostgebern nicht mehr einfinden und  
nachdem sich um ihn niemand gekümmert hatte, festgestelltem  
am 21. September ohne Nahrung gestorben.“  
Allem Anschein nach ist der arme Alte verhungert.



Der Gemeinderath von Amsterdam hat beschlossen, die 1000 ablaufende Konzession der Straßenbahn-Gesellschaft nicht zu erneuern, sondern den Straßenbahnbetrieb in eigene Regio zu nehmen.

## Gerichts-Beilage.

**Für die Verhandlung des Majestätsbeleidigungs-Prozesses gegen Magimilian Harden** ist nunmehr der Termin auf den 31. d. M., vormittags 9 1/2 Uhr verlegt worden. Die Verhandlung findet vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichts-Direktors Felisch statt und dürfte mindestens einen vollen Sitzungstag in Anspruch nehmen. Sie wird einer richterlichen Entscheidung zufolge voraussichtlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich gehen. Warum das denn?

In der Werkstatt des Tischlermeisters Jellenberg war es notwendig geworden, über die dort üblichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse die erforderlichen statistischen Erhebungen anzustellen. Wie es unter „Arbeitgebern“ noch vielfach Brauch, kam Jellenberg der von der organisierten Arbeiterchaft zur Recherche eingesetzten Kontrollkommission mit dem Gerede, daß er „Herr in seinem Hause“ sei und eine „Polizei-Aufsicht“ über seine Werkstatt „nicht dulde“. Als nun gar die beiden Kontrolleure Boyke und Zimmer die Werkstatt betreten, um dennoch das nötige festzustellen, wurden diese groß angefahren und bald kam es zu heftigen Ausschreitungen, bei denen die Kontrolleure nicht unbedeutliche Verwundungen erlitten. Selbstverständlich machte Jellenberg die Sache bei der Staatsanwaltschaft anhängig und diese erhob dem auch gegen die Arbeiter Anklage wegen Hausfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung. Von einem bürgerlichen Gerichte war natürlich nicht zu erwarten, daß es die schwere Pflichterfüllung, der die beiden Kontrolleure oblagen, zu deren Gunsten in Betracht gezogen hätte; das Schöffengericht, vor dem die Sache in der ersten Instanz verhandelt wurde, hielt vielmehr das Vorgehen der beiden Angeklagten für ein so strafwürdiges, daß es Boyke als „Räufelstähler“ (!) zu fünf Monaten, Zimmer zu zehn Wochen Gefängnis verurteilte. Auf die hiergegen eingelegte Berufung wiederholte die 6. Strafkammer gestern die Beweisaufnahme und kam auf Grund derselben zu denselben inhaltlichen Feststellungen wie der erste Richter. Mit dem Rechtsanwaltschaftlichen H. e. i. n. a. n. n. war die Strafkammer jedoch der Ansicht, daß nicht gefährliche, sondern nur einfache Körperverletzung vorliege und ermäßigte daher die Strafe gegen Boyke auf vier Monate, gegen Zimmer auf neun Wochen Gefängnis.

Ein Ueberraschung in einem Redaktionszimmer beschäftigte gestern das hiesige Schöffengericht in einer Privatklage des Syndikus Karl Löwe gegen den Schriftsteller Karl Schmidt. Ersterer war in dem früheren Verlage der Zeitung „Berliner Herald“ thätig, letzterer ist Redakteur der Zeitung „Der Reporter“. Dieses Blatt brachte unter der Ueberschrift: „Ein Attentat gegen Presse und Justiz“, einen heftigen Angriff gegen die Geschäftspraktiken des genannten Verlages. Auf der anderen Seite wurde mit einem Artikel erwidert, in welchem es hieß, daß man die Angriffe eines Mannes, der schon so zahlreiche Erfahrungen mit dem Strafrichter gemacht habe und öffentlich (in der „Artil“) der Unterschlagung beschuldigt worden sei, unbeachtet lasse. Herr Schmidt verlangte darauf eine Verächtlichmachung und als diesem Verlangen nicht entsprochen wurde, schrieb er dem Kläger, der in jenem Artikel des „Reporter“ besonders angegriffen worden war, einen Brief mit dem Hinweise: wenn er etwa der Verfasser des Artikels im „Herald“ sei, würde er auch die Folgen für den Inhalt tragen müssen. Einmal Tages erschien Dr. Schmidt vor dem Redaktionsbureau des „Herald“ zur Mittagszeit, wo die Redakteure gewöhnlich das Haus verlassen und die Vermuthung nahe lag, daß Herr Löwe allein sein möchte. Er eilte zu dessen Zimmer und nachdem er sich vergewissert, daß Löwe anwesend war, trat er ein. Wie die gestrige Verhandlung ergab, hat der Angeklagte dem Kläger bald darauf eine Ohrfeige gegeben, die diesen veranlaßte, sofort selbst auf Herrn Schmidt einzudringen, ihn bei der Gurgel zu packen und zu Boden zu schleudern. Die auf den Lärm aus den Nachbarzimmern herbei eilenden Personen fanden den Kläger liegend auf Herrn Schmidt, der dann in eins der Nebenzimmer transportiert und dort so lange festgehalten wurde, bis seine Persönlichkeit polizeilich festgestellt wurde. Die von drei vornehmlichen Zeugen beschworene Aussage stand mit der Schilderung, die der Angeklagte selbst über den Vorfall in seinem „Reporter“ gegeben, in unauflöslichem Widerspruch. Er hatte die Sache so dargestellt, als habe sich Löwe feigerweise den plötzlich ihm versetzten Schlag ruhig und ohne Widerstand zu lassen gefallen lassen und sich „gerührt wie ein Wurm“. — Rechtsanwaltschaft Dr. Lubitz hat, der mit dem Angeklagten scharf ins Gericht ging, beantragte gegen diesen eine Gefängnisstrafe und berief sich auf den Angeklagten selbst, der seinerzeit bei dem bekannten Fall Liebling in seinem „Reporter“ den Mätern dringend ans Herz gelegt habe, ein solches „gebildetes Stöckchen“ nachdrücklich zu ahnden. — Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu 600 M. Geldstrafe eventuell 100 Tagen Gefängnis, Tragung der Kosten und Publikation im „Reporter“. Der Gerichtshof erachtete die Handlungsweise des Angeklagten für brutal, sah jedoch mit Rücksicht auf die Erregung, in welcher dieser sich befunden haben mag, von einer Freiheitsstrafe ab. Die von dem Beklagten erhobene Widerklage wurde als gegenstandslos erachtet, weil die ihr zu Grunde liegende Beleidigung auf der Stelle erwidert worden ist.

Dieser Fall regt unwillkürlich zu einem Vergleich mit dem vorhin mitgetheilten an. Hier überfällt ein „Gebildeter“ einen Berufskollegen in dessen Arbeitszimmer, verübt rohe Thätlichkeiten an dem Gegner, und wird dafür alles in allem zu einer Geldstrafe verurtheilt.

Dort sind zwei „ungebildete“ Arbeiter, die in der Arbeitsstätte eines Unternehmers selbstlos einer der Berufscollegenchaft in hohem Grade dienlichen Aufgabe genügen wollen und dabei mit dem Unternehmer kollidieren. Das Resultat der Gerichtsverhandlung bildet für die Arbeiter eine monatelange Gefängnisstrafe.

Die Arbeiterschaft möge derartige Gegenüberstellungen stets scharf im Auge behalten und, was ja wahrlich nicht schwer ist, sich ihren Verräthern widersetzen.

Zwei in weiteren Kreisen Berlins bekannte Persönlichkeiten, der Maler und Illustrator F. Jüttner und der dramatische Schriftsteller Stahl fanden sich gestern vor dem Schöffengericht gegenüber, ersterer als Kläger, letzterer als Angeklagter. Herr Jüttner war in einem Zivilprozeß, an welchem Herr Stahl ein Interesse hatte, als Zeuge vernommen worden und hatte seine Aussage beidigt. Herr Stahl glaubte, daß Herr Jüttner die wirklichen Thatsachen nicht mit seinem Einlaß in Einklang bringen könne und äußerte sich einem gemeinsamen Bekannten gegenüber dahin, daß Herr Jüttner einen Meineid geleistet habe. Er hat dem auch eine Strafanzeige wegen Meineides erstattet, die auf dem Wege der Beschwerde bis vor das Kammergericht gebracht und dort endgiltig zurückgewiesen ist. Nunmehr klagte Herr Jüttner wider Stahl wegen seiner mündlichen Äußerung gegenüber dem gemeinsamen Bekannten. Der Gerichtshof verurtheilte Herrn Stahl zu 100 M. Geldstrafe event. 20 Tagen Gefängnis, wobei mildernd in Erwägung gezogen wurde, daß nach der kammergerichtlichen Entscheidung in dem Eide des Klägers eine kleine objektive Unrichtigkeit untergelaufen war, die denselben allerdings keineswegs strafbar macht.

Die sehr bekannte Magdeburger Justiz hat am Montag abermals dem Reichsgericht zur Korrektur vorgelegen. Wegen Beleidigung preussischer Richter war am 20. Juli vom Landgerichte Magdeburg der Redakteur der „Volksstimme“, unser Parteigenosse August Müller, zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Er hatte einen Artikel abgedruckt, der gegen einen von Hannoverischen Kurier unter der Ueberschrift „Sozialdemokratischer Terrorismus“ veröffentlichten Artikel polemisierte. Darin war auseinandergesetzt,

daß die Sozialdemokraten kein Verlangen zur Rechtsprechung hätten, da die Gerichte in Bezug auf das Verhalten gegen Streikbrecher, auf Streikposten u. s. w. das Gesetz willkürlich auslegten. Das Landgericht hat in diesen Darlegungen den beleidigenden Vorwurf gegen die Deutschen, insbesondere preussischen Richter erblüht, daß sie nach Willkür verfahren und das Recht beugen. Der Angeklagte hat, so heißt es im Urtheile, Thatsachen zur Begründung seiner Behauptung nicht angegeben und als Quelle, aus der er den Artikel erhalten, eine andere Zeitung bezeichnet. — Auf die Revision des Angeklagten hob das Reichsgericht das Urtheil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. In der Begründung wurde ausgeführt, die Feststellungen gäben dem Verdachte Raum, daß die Strafkammer den Rechtsbegriff der Thatsachen verkannt habe und daß eine Verweisung von abfälliger Kritik und konkreten Vorwürfen vorliege.

Den Irrthum eines Baubeamten sollte der Schankwirth Wilhelm Hildebrandt aus Wilmersdorf sich zu Nutze gemacht und dadurch einen Betrag bezogen haben, der ihn gestern vor die 132. Abtheilung des Schöffengerichts führte. Hildebrandt hinterlegte im verflochtenen Sommer bei der Filiale der Deutschen Bank in der Potsdamerstraße Preussische Konsole zum Nennwerthe von 3800 M. Er hob je nach Bedarf Beträge von seinem Guthaben ab. Im Mai d. J. hatte Hildebrandt insgesamt 2018,70 M. abgehoben. Er ersuchte am 26. Mai die Bank, die hinterlegten Papiere zu verkaufen. Schon zwei Tage darauf erhielt der Angeklagte die Schlußnote, wonach der Erlös aus den verkauften Papieren sich auf 3920 M. 90 Pf. belief. Hildebrandt ging sofort zur Bank, legte dem Kassirer die Schlußnote vor und hat denselben, ihm ein Quittungsformular auszufüllen. Der Beamte kam dem Wunsch nach, Hildebrandt unterzeichnete und erhielt dann den vollen Betrag ausgezahlt. Erst nach einigen Tagen entdeckte man in der Bank, daß es durch eine eigenthümliche Verkettung von Umständen veranlaßt worden war, das Konto des Angeklagten zu prüfen. Die von ihm bereits abgehobenen 2018,70 M. waren ihm irrthümlicherweise nicht in Abrechnung gebracht worden. Die Bank schrieb an den Angeklagten und als dieser nichts von sich hören ließ, wurde gegen ihn Anzeige erstattet. Vor der Polizei behauptete Hildebrandt, daß er in der Bank nur so viel ausgezahlt erhalten habe, als ihm zulang. Im Termine änderte er seine Aussage dahin, daß er das ihm ausgezahlte Geld eingestrichen habe, ohne es nachzuzählen, es seien viele Leute im Vorraum gewesen und er habe sich deshalb beeilt, fortzukommen. Er habe das Geld zu seiner Frau gebracht, die es mit ihrem eigenen Baarvermögen vermischt und es zur Aussteuer veranlagt habe. Der Staatsanwalt glaubte dies dem Angeklagten nicht, der unmöglich so wenig geschäftsgewandt sein könne, wie er sich stelle. Auffallend sei es schon, daß der Angeklagte alle früheren Quittungen, wenn er Geld abhob, selbst ausgehrieben hatte, während er sich die letzte Quittung vorordnen ließ. Wenn sich die Handlungsweise des Angeklagten auch nicht als Betrug kennzeichnen lasse, so liege doch Unterschlagung vor. Der Staatsanwalt beantragte daher eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Cohnmann, führte aus, daß die Handlungsweise des Angeklagten sich überhaupt nicht unter einen Paragraphen des Strafgesetzes bringen lasse. Von einer Unterschlagung könne ebensowenig die Rede sein wie von einem Betrüge, es liege einfach ein Zivilanspruch der Bank gegen den Angeklagten vor, der im Wege der Klage geltend zu machen sei. Der Gerichtshof beschloß die Verurteilung, um die Geschäftsverhältnisse, welche zwischen der Bank und dem Angeklagten bestanden haben, zu prüfen.

## Verfassungen.

Die derzeitigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Betrieb der Firma Siemens u. Halske (Charlottenburger Werk) bildeten die Tagesordnung einer von über 1500 Arbeitern besuchten Versammlung, die am Montag den großen Saal der Kronen-Druckerei bis auf den letzten Platz füllte. Nach den Ausführungen des Referenten Litzki sind die Bestimmungen, die von den Arbeitern gemacht wurden, daß mit der Umwandlung der Firma in eine Aktiengesellschaft eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse plag greift, völlig gerechtfertigt. In der letzten Zeit sollen Lohnabzüge auf eine große Anzahl von Arbeitern von 10, 20, 30 und sogar 40 pCt. vorgenommen worden sein. Dabei sind aber durchaus keine technischen Verbesserungen eingeführt worden, die etwa die Fertigstellung der Arbeit erleichtern könnten. Es ist vorgekommen, daß qualifizierte Arbeiter bei angesehener Arbeit viele Wochen hindurch nur Löhne von 11 und 12 M. pro Woche erzielten. Nach der Fabrikordnung sollen allerdings die Akkordpreise mit den Arbeitern vereinbart werden, was aber regelmäßig unterlassen wird. Freigt aber wirklich einmal ein Arbeiter nach dem Preis, so erhält er oftmals eine barische Antwort, und wenn er gegen den niedrigen Satz etwa gar protestirt, so erfolgt häufig die in einzelnen Abtheilungen sehr übliche Antwort: „Wem es nicht paßt, der kann gehen.“ Die Arbeiter sind geradezu angewiesen, bei der Arbeit zu pünkteln, um bei den Akkordpreisen wenigstens einigermaßen zu ihrem Lohn zu kommen. Verschiedene Arbeiten, die früher von Arbeitern ausgeführt wurden, werden jetzt, natürlich zu einem viel niedrigeren Preis, von Arbeiterinnen fertiggestellt. Lohnarbeiter werden eingestellt mit einem Stundenlohn je nach dem Alter von 20, 21, 22 Pf. und 24jährige Arbeiter erhalten erst einen Stundenlohn von 30 Pf.

Bei den Arbeitern ist die Meinung vorherrschend, daß an der Reduzierung der Akkordpreise und auch an den sonstigen benachteiligten Neuerungen insbesondere einzelne Personen schuld sind, die im Wert in Amerika thätig waren, das wegen mangelhafter Leistung, wie in der Presse behauptet wird, eingegangen ist. Einer dieser Herren, der gewöhnlich mit der Uhr in der Hand die Arbeiter beobachtet, glaubt immer, daß zu langsam gearbeitet wird und sein Urtheil ist fast stets: die Arbeit ist viel zu theuer, der Akkordpreis ist zu hoch. Lebhafte Klage wird von den Arbeitern auch über das Verhalten der sehr zahlreichen Meister und Vizemeister geführt, von denen sich viele lediglich als Antreiber betrachten. Einige von diesen sollen sich in der rigorosen Behandlung der Arbeiter ganz besonders hervorthun und dabei häufig die gewöhnlichsten Schwupswörter gebrauchen. Oft sind es diese Meister, welche die Lohnreduzierungen veranlassen, um sich nach oben hin beliebt zu machen. Allerdings sind auch Meister vorhanden, die nicht in dieser Weise verfahren und die ebenfalls die gerügten Zustände und die fortwährenden Lohnabzüge verurtheilen. Eine weitere Beschwerde der Arbeiter ist die Beschränkung der Pausen. So soll z. B. die schon zu kurz bemessene Frühstückspause von einer Viertelstunde durch das eigenmächtige Vorgehen des Portiers gewöhnlich noch um einige Minuten gekürzt werden. Sehr ungerechtfertigt ist ferner, daß Akkordarbeiter oftmals Veränderungen an der Arbeit vornehmen müssen, die keineswegs durch ihre Schuld veranlaßt wurden und hierfür, trotzdem sie manchmal stundenlang daran arbeiten, keinen Pfennig Lohn erhalten. Nachdem der Redner noch mehrere Einzelheiten aus dem ihm unterbreiteten Material angeführt hatte, forderte er schließlich zum festen Zusammenschluß in der Organisation auf, um durch ein einmütiges Handeln der in diesem Betriebe beschäftigten Arbeiter die Beseitigung der Mißstände zu ermöglichen. Mit stürmischem Beifall wurden die Ausführungen des Redners von den Versammelten bejubelt. Als erster Redner ergriff ein Ingenieur und Abtheilungschef das Wort, welcher auch nicht bestritt, daß ungünstigere Verhältnisse für die Arbeiter in der letzten Zeit eingetreten sind. Er führte an, daß andererseits in den letzten Jahren große Konkurrenzfirmen entstanden und damit gerechnet werden müsse. Der Redner ist im weiteren der Meinung, daß die von den Arbeitern mit Recht gerügten Mißstände an maßgebender Stelle nicht befannt seien und rüht gegen ungerechte Behandlung und niedrige Bezahlung den Beschwörerweg zu betreten. Die angeführten Mißstände seien nicht zum Vortheil der Firma und es sei bedauerlich, wenn solche vorhanden sind. Er hält es auch nicht für richtig, daß die Arbeiter die erwähnten Änderungen unjourns ausführen sollen, sondern sie sollen in geeigneter Weise Bezahlung hierfür verlangen. Einen sehr schlechten Dienst hat der angegriffene Portier, Herr Kramer, der Firma durch sein Auftreten in der Versammlung geleistet. Dieser Herr, der sehr wichtig that und in seiner Eigen-

schaft als Portier den Schankpatron der Firma spielte, stellte zunächst ohne jedwede Begründung die Behauptung auf, daß durch die Brutalität der Arbeiter gegen die Unternehmer die Mißstände entstehen. Dann bestritt er, daß er nicht zur richtigen Zeit das Signal zu den Pausen gebe und schließlich verlas er eine Rechnung, die man ihm in die Hände gespielt hatte, durch die er nachweisen wollte, wie viel die Arbeiter verdienen, die nach seiner Meinung in Herrlichkeit und Freudens leben. In dieser Rechnung, die auf ca. 40 M. lautete, waren Hühner, Gänse, Spargel, für 10 M. Kuchen und sonstige Delikatessen berechnet. Während die ersten Ausführungen des Redners eine starke Erregung der Versammlung verursachten, entstand eine schallende Heiterkeit beim Verlesen der Rechnung, denn es wurde gleichzeitig festgestellt, daß das corpus delicti von einem Mann herrührt, der nebenbei ein Dorfvolksgesicht betreibt, und die Waaren zum Wiederverkauf bezogen hat. Also mit den Champagner trinkenden Paucern, alias Metallarbeitern war es wieder nichts und der Redner mußte unter schallendem Gelächter abtreten. Von den weiteren Diskussionsrednern wurden die Ausführungen des Referenten vollumfänglich bekräftigt und behauptet, daß die Beschwörer zwecklos sind und gewöhnlich daraufhin die Entlassung erfolgt. Dasselbe wurde auch in den Briefen, die dem Referenten noch während der Versammlung zugehen, behauptet und darin noch verschiedene andere Vorwürfe angeführt. Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten, der nochmals für den Anschluß an die Organisation plädierte, erfolgte der Schluß der wichtigen Versammlung.

In einer Versammlung der Scheibentöpler, die am Sonntag, den 16. Oktober tagte, referirte August Jacoby über: „Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Scheibentöplereien“. Den Ausführungen des Referenten folgte eine lebhafteste Diskussion, in der mannigfache Klagen über Mißstände in den hiesigen Scheibentöplereien (Plumentopf-Fabrikation) zum Ausdruck gelangten. Allseitig wurde hervorgehoben, daß die hiesigen Plumentopf-Dreher in Bezug der jetzt üblichen Entlohnung und der für Berlin bestehenden Arbeitsmethode, wohl Änderungen zu ihren Gunsten herbeiführen könnten, wenn die geringe Zahl der in diesem Berufe beschäftigten Personen solidarisches Zusammenhalten würden. Leider sei dies gegenwärtig in ausreichendem Maße nicht der Fall, und es soll nun, wie bisher, durch regelmäßige dem Fach entsprechende Vorträge und Diskussionen versucht werden, die dem Zentralverband fernstehenden Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Getadelt wurde ferner, daß die organisierten Kollegen unregelmäßig die Branchen-Versammlungen besuchen.

Die Handlungs-Gehilfen und -Schiffmannen hielten am Montag in den „Königsbällen“ eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Vennor Maack über „Menschenfresser zur Rettung des Mittelstandes“ referirte. Der Redner beschäftigte sich ausschließlich mit dem geplanten Umfassung- und Personalsteuer-System der Großbazar, durch deren Einführung man wähne, die modernen Riesen-Verkaufshäuser, wenn auch nicht gänzlich zu vernichten, so doch recht empfindlich zu treffen. Durch Lahmlegung dieser Konkurrenz hoffe man wieder dem Kleinhandel und dem Kleingewerbe, d. h. dem Mittelstande, auf die Beine helfen zu können. Sache der Klassenbewußten Forderungen-Gehilfen und aller derjenigen, die ihre Lage erkannt haben, sei es, gegen jeden derartigen Besteuerungsversuch, dessen Kosten die Geschäfts-inhaber doch nur auf die Schultern ihrer Angestellten abwälzen würden, im eigensten Interesse ganz energig Protest zu erheben. — In der Diskussion ergriff als erster Redner ein Herr Sachse das Wort. In der aus antisemitischen Versammlungen bekannten Tonart preist er den Handlungsgehilfen als einzigen Rettungsanker der deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbände an. In halblösen Redensarten fällt er über die sozialdemokratische Bewegung unter den Kaufleuten her, und entwickelt dabei eine geradezu verblüffende Unkenntnis der Dinge. Die richtige Antwort wurde ihm denn in derber und einleuchtender Weise von Vennor Maack ertheilt, der diesem antisemitischen Unfug gegenüber die Kaufleute zum zahlreichen Beitritt in den Verband der Handlungsgehilfen und -Schiffmannen Deutschlands auffordert. Maack empfiehlt in seinem Schlußwort eine von Vennor Maack eingebrachte Resolution, nach welcher die anwesenden Kollegen und Kolleginnen Protest gegen jede Besteuerung des Umfassung- und des Personals erheben, weil sie die Entwicklung zum Großbetrieb als einen kulturellen Fortschritt betrachten. Diese Resolution wird einstimmig angenommen.

Die Ladrer hatten für Montag eine öffentliche Versammlung einberufen, um sich mit ihrer Stellungnahme zum Immungesetz zu befassen. Nach einem mit Beifall aufgenommenen Referat des Gen. Jahn über dieses Thema sprachen sich Höft, Lehmann und Guard für und Lepke gegen die Beteiligung an der Wahl zu den Gesellen-Ausschüssen etc. aus. Letzterer war der Meinung, daß man leider nur wenige geeignete Personen hierfür unter den Ladrern finden werde. Von den anderen Rednern wurde dagegen geltend gemacht, daß eine Beteiligung notwendig sei, da die bisherige Immung bereits die Einführung einer Zwangs-Immung beschlossen habe. In diesem Sinne gelangte auch eine Resolution zur Annahme, wonach sich die Ladrer für Beteiligung an den Wahlen zu dem Gesellen-Ausschüsse erklären, falls die Einführung einer Zwangsimmung vom Minister genehmigt werden sollte. Es soll dann eine weitere öffentliche Versammlung mit entsprechender Tagesordnung einberufen werden. — Als Rednerinnen für die Agitationskommission wurden hierauf Matusch und Lehmann gewählt. Unter verschiedenen ergriff Höft um Entfaltung einer regen Agitation als bisher und um Material für die Agitationskommission, insbesondere bezüglich der Verhältnisse der Arbeiterunterstützung, da in nächster Zeit die Entscheidung über die obligatorische Einführung der Arbeiterunterstützung herbeigeführt werden soll. Guard ergriff um regere Beteiligung an der Sammlung zum Agitationsfonds, wofür Mark 4 10 Pf. von den Mitgliedern der Agitationskommission sowie an jedem Sonntag Vormittag von 10 bis 12 Uhr im Vereinslokal „Zum eigenen Stab“ bei Schönig, Köpnickstr. 68 zu haben sind.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Berlin, 18. Oktober.** Ein Telegramm aus Konstantinopel verlautet: Der deutsche Kaiser und die Kaiserin sind heute Vormittag hier angekommen und vom Sultan empfangen worden. Mannigfache Festlichkeiten sind geplant.

**London, 18. Oktober. (W. T. B.)** An der Süd- und Ostküste Englands wüthet ein heftiger Sturm. Eine Anzahl Fischerboote sind gelichtet, die Mannschaften wurden gerettet, zumeist mittels Rettungsapparate. Zwischen Dover und Calais ist der Dampferdienst eingestellt worden. Auch aus Schottland wird Sturm gemeldet; an der Küste von Northumberland scheiterte die norwegische Bark „Urda“; zwei Mann der Besatzung sind ertrunken.

**London, 18. Oktober. (W. T. B.)** Gestern Abend wurde bei Wavby (Lincolnshire) ein Personenzug dadurch theilweise zerstört, daß er mit einer Holzladung zusammenstieß, welche aus den Gitterwagen eines auf dem Nebengleise fahrenden Zuges heraustrat. Neun Personen wurden getödtet, zehn verletzt.

**Rom, 18. Oktober. (W. T. B.)** Die französische Regierung notifizirte der italienischen Regierung amtlich ihren Beitritt zur Anti-Anarchisten-Konferenz.

**Vom, 18. Oktober. (W. T. B.)** Heute begann hier der Prozeß gegen den Depulirten Macola, Direktor der „Gazzetta di Venezia“, wegen seines Duells mit Cavallotti, in welchem dieser fiel. Macola und die mitangeklagten vier Duellzeugen sind antwortend. Es herrscht großer Andrang zum Gerichtssaal.

**Petersburg, 18. Oktober. (W. T. B.)** Nach einem Telegramm aus Pskow am Don hat dort niedergegangener Schnee mit nachfolgendem Frost eine Störung des gesamten Telegraphen- und Telephonnetzes verursacht. Der telegraphische Verkehr mit dem Norden war zeitweilig ganz unterbrochen.

**Konstantinopel, 18. Oktober.** Es sind hier umfassende Polizeimaßnahmen getroffen worden, um das deutsche Kaiserpaar zu sichern. Zahlreiche Personen, die beschäftigungslos sind, hauptsächlich Armenier, Griechen und Italiener wurden in Polizeigewahrsam genommen.



Ueber den Stuttgarter Parteitag.

Die unsere österreichischen Parteigenossen der reichsdeutschen Arbeiterbewegung stets das lebhafteste Interesse erwiesen haben, so ist auch uns das immer freundschaftliche und sachliche Urtheil unserer Nachbarfreunde über die Verhältnisse innerhalb der deutschen Sozialdemokratie überaus werthvoll gewesen. So auch jetzt wieder das Urtheil des Genossen Dr. Viktor Adler über den Stuttgarter Parteitag.

Wir geben deshalb den größten Theil der Ausführungen Adlers hier wieder. Derselbe schreibt:

Widestens seit dem Erfurter Parteitag, der die Auseinanderlegung nach zwei Fronten, mit den Jungen und mit Vollmar brachte, sind die Grundfragen der Partei nicht mehr so im großen Zusammenhange erörtert worden wie in Stuttgart. Und zwar handelte es sich um die Grundfragen nicht der deutschen Sozialdemokratie allein, sondern in jedem Lande wird die Partei auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung vor dieselben Fragen gestellt. Daher das ungeheure Interesse, weit hinausgehend über die gewohnte Anteilnahme an den Schicksalen der Bruderpartei, mit dem wir alle und überall im Auslande den Stuttgarter Verhandlungen folgten, darum wurden die Berichte begierig verschlungen, wie noch nie die eines ausländischen Parteitages. Es ist unser aller eigene Sache, die dort verhandelt wurde.

Das große Verdienst, diese Debatte angeregt zu haben, gebührt Genossen Eduard Bernstein, der, als ehemaliger Redakteur des „Vorwärts“ in Deutschland fleißig verfolgt, seit Jahren in London lebt und arbeitet. Der praktischen Parteiarbeit zwangsweise entzogen, ein scharfer theoretischer Kopf mit umfassendem Wissen, dabei ein Fanatiker der Gerechtigkeit und ein Skeptiker jener vornehmsten Art, deren Strepis sich gegen sich selber kehrt, und die sich in Selbstkritik nie genug thun können, hat Bernstein nicht nur eine Reihe ausgezeichnete theoretischer und historischer Arbeiten gemacht, sondern eine der wichtigsten Funktionen der Partei, die des Kritikers ihrer Grundfragen und ihrer Taktik, übernommen. Seine Persönlichkeit und seine Lage befähigen ihn dazu ganz besonders, führen aber zugleich sehr erhebliche, gerade in der letzten Diskussion zu tage tretende Gefahren für sein Urtheil mit sich. Daß Bernstein von Natur ein Mann des Denkens, der Bedenken ist, macht ihn leicht übersehen, daß der Handelnde davon nur ein gewisses Maß ohne Schaden vertragen kann, und daß eine Partei die Wissenschaftlichkeit nicht so weit treiben darf, daß sie vor lauter Wissen nicht mehr wollen kann. Denn aber giebt die Entfernung gewiss einen günstigen Standpunkt für die Beobachtung, sie entzieht dem Auge das verwirrende Detail, aber sie entzieht dem Beurtheiler auch die Kenntniß des Unwägbarbaren und Unmeßbaren, was häufig das wichtigste ist. Das Leben im Exil läßt Bernstein am schmerzlichsten fühlen, daß er die Luft nicht atmet, in der sie lebt, daß er darum den Rhythmus für die Bewegung verloren hat, und daß er ihren Rhythmus nicht mitempfinden kann. Dazu kommt, daß er seine Kritik der Parteitaktik nicht im Zusammenhang als ein Ganzes hingestellt hat, sondern sie in einer Reihe von einzelnen, zum Theil polemischen Aufsätzen in der „Neuen Zeit“ vortrug. Die wichtigsten dieser Artikel, die er unter dem Titel „Probleme des Sozialismus“ zusammenfaßte, und die seit Jahr und Tag alle Denker in der Partei beschäftigen, bilden also leider nur Fragmente einer Arbeit, was die Klarheit der Diskussion und die Schärfe der Tragweite der Meinungen Bernsteins's schädigen muß. In einem Briefe an den Parteitag hat er zwar bestimmt seine Anschauungen mit musterhafter Präzision zusammengefaßt, aber er giebt nur ein unvollständiges Bild von seiner inneren und äußerlichen Lage gegen Schlagworte, bei der er keine Schonzeit kennt, so notwendig die praktische Kampfsache macht. Darum empfehlen wir diese Aufsätze, die vielfach den Titel „Inzestgemäßes Betrachtungen“ verdienen würden, der eingehendsten Aufmerksamkeit aller, die an dem inneren Leben der Partei Anteil nehmen.

Zwei Worte wurden auf dem Stuttgarter Parteitag am häufigsten gebraucht, und um sie drehte sich die Diskussion: „Endziel“ und „Katastrophentheorie“. Bernstein hatte mit einem recht ungeschickten Ausdruck einmal niedergeschrieben: „Das Endziel sei ihm nichts, die Bewegung alles“, und er hatte in dem Briefe an den Parteitag präzis erklärt, „daß auf die Katastrophe zugespielte Taktik habe sich überlebt“. Es wurde nun an sich sehr viel und sehr gut darüber geredet, daß eine Partei, die Trägerin einer großen geschichtlichen Entwicklung ist, kein Endziel leugne, weil diese Entwicklung kein Ende habe, daß aber jede bewußte Bewegung vor allem ihres Zieles bewußt sein müsse. In dieser Richtung scheint wirklich ein Streit im Worte vorzuliegen. Bernstein anerkennt ausdrücklich in seinem Briefe als Forderungen unseres Programms: die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und die Expropriation der Kapitalisten, aber es beliebt ihm, das nicht „Endziele“ der Sozialdemokratie, sondern nur „Mittel zur Durchführung bestimmter Ziele und Bestrebungen der Sozialdemokratie“ zu nennen. Na, „daraus keine Feindschaft nicht!“ Darüber läßt sich reden, und wenn wir erst einmal so weit sind, mit Bernstein werden wir uns dann schon zu einigen wissen. Wichtiger ist die weitere Frage: Welche Rolle soll das Endziel oder Ziel unserer Bewegung, die Verwirklichung des Sozialismus, in unserer Agitation und Aktion spielen? und diese Frage fällt zum Theil mit der Frage der Katastrophentheorie zusammen.

Karl Marx hat die Formel für die geschichtliche Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft aufgestellt; die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion führen zum Zusammenbruch der kapitalistischen Eigentumsordnung und des Klassenstaates und zur Herrschaft der durch den Mechanismus der kapitalistischen Produktionsprozesse selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblickt ist. Die Konzentration der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriation der Arbeiter wird vollzogen. In dieser ebenen Sage hat Karl Marx seine Formel geprägt in dem berühmten Kapitel des ersten Buches des „Kapital“, das die Ueberschrift trägt: „Geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation“. Es ist eine wissenschaftlich gefundene Formel, die die Richtung der Entwicklung aufzeigt, aber nicht sagt und nicht sagen will über das Wann? und Wie? Doch Marx und Engels waren nicht nur Männer der Wissenschaft, sondern auch Politiker, die das Bedürfnis hatten, für die allgemeinen Größen der Formel bestimmte Zahlen einzusetzen und ein Urtheil über die Dauer und den Verlauf des geschichtlichen Prozesses zu gewinnen, in dem wir leben. Daß sie sich dabei wiederholt geirrt, haben sie niemals verkannt, und Engels hat in seiner Einleitung zu den „Klassenkämpfen“, die man sein politisches Testament nennen darf, scharf hervorgehoben, wie die Dinge sich und heute anders darstellen, als sie für die Verfasser des kommunistischen Manifestes vor fünfzig Jahren ausgesehen. Nicht nur daß der historische Blick aus der Vogelperspektive gewissermaßen alle Dimensionen verliert, ist an solchen Irrthümern schuld, sondern gewiß auch die Ungeduld des kämpfenden Mannes, dem wenig gilt, was er schon errungen, den die Sehnsucht nach dem Ziele peitscht, und der getrieben wird von dem unerträglichen Glanz des heutigen Zustandes, von dem die Welt zu befreien, er täglich und stündlich sein Hirn martert. Die erfolgreichste, latte Geduld spottet dann der „Prophezen“! Aber sind wir nicht alle Prophezen, die Gedulden und die Ungedulden, die kurzfristigen Superstitionen und die weitstichtigen Stürmer? Kommt es einer unter uns aushalten, ohne sich eine Vorstellung davon zu machen, wo wir stehen? Denn darüber geht der Streit, nicht etwa darüber, wohin wir gehen sollen. Und

ist es denn so ganz ausgemacht, daß die pessimistischen Prophezen wie Bernstein und Vollmar mehr recht haben als die optimistischen, wie Bebel und Kautsky, und daß nicht einmal die Optimisten wie die Pessimisten mitten in der Diskussion von den Ereignissen überrascht werden, daß es ihnen allen, wie Bebel es einmal ausdrückte, nicht gehen kann wie den thörichten Jungfrauen in der Bibel, die kein Oel auf der Lampe hatten, als der Bräutigam kam?

Nun in der That, das fürchten wir nicht. Denn so wichtig dieser Streit ist für den Standpunkt der Partei, so wenig scheint er uns für ihr Handeln in jedem Augenblick zu bedeuten. Man sehe doch zu. Bernstein sieht Europa durch englische Brillen, er sieht, wie die Privilegien der kapitalistischen Bourgeoisie Schritt für Schritt demokratischen Einrichtungen weichen und die gesellschaftliche Gegenagitation gegen die ausbeuterischen Tendenzen des Kapitals immer kräftiger wird. Die festländischen Sozialdemokraten sehen, wie das Deutschland der letzten Jahre den Weg von den kaiserlichen Erlassen vom 2. Februar 1890, die zur Verbesserung der Lage der deutschen Arbeiter die Hand bieten wollen, bis zur Ankündigung der Ruchhausvorlage durch Kaiser Wilhelm im Jahre 1898 findet. Er, Bernstein, sieht die „Katastrophe“ im zweiten Felde, unabsehbar, wir empfinden die Spannung als ganz unerträglich. Aber so verschieden auch darum die Beurtheilung der Zukunft ist, was folgt daraus für die Taktik von heute, und giebt es einen einzigen Punkt der politischen Praxis, der konkreten Taktik der Partei, in dem Bebel und Auer, Kautsky und Bernstein sich nicht sofort einig wähten? Nein, sagen wir, und fürchten keinen ernsthaften Widerspruch. Die Stellung der einzelnen Genossen zur Agrarfrage, zu den Landtagswahlen hat gezeigt, daß sie sich in der Praxis keineswegs nach ihrer Meinung über die Katastrophentheorie und das Endziel gruppirten, sondern nach wesentlich näherliegenden Gesichtspunkten.

Nach unserer Ansicht wird die ganze Diskussion wesentlich dadurch beeinflusst, daß Deutschland, was auch nicht vorhergesehen werden konnte, in dreißig Jahren zu einem der ersten Industrielländer der Welt geworden ist und gegenwärtig noch im Stadium der wirtschaftlichen Prosperität steht. Wann die Krise kommt, wer will es sagen? Daß sie überhaupt nicht mehr kommt, wer wagt es, zu behaupten? Kommt sie aber, dann dürften die Stimmungen wesentlich andere werden.

Das Ganze ist, daß die Sozialdemokratie nicht nur für die Zukunft, sondern auch für die Gegenwart des Proletariats kämpfen muß und kämpft. Der Fehler Bernsteins liegt unserer Meinung nach darin, daß er oft offene Thüren einrennt und mit großem Aufwand an Wissen und Scharfsinn neben manchem Falschem einen ganzen Haufen Wahrheiten sagt, die niemand leugnet, und daß er dadurch den Schein erweckt, als würden diese Wahrheiten in der Partei nicht anerkannt. Niemand in der Partei, weder in Deutschland noch andertwo, läßt es daran fehlen, die Erweiterung der politischen und gewerblichen Rechte der Arbeiter“ als Mittelpunkt unserer ganzen Arbeit zu behandeln, und wie auch jeder einzelne von uns darüber denken mag, ob die „Katastrophe“ fern oder nah ist, wir setzen alle Kräfte an die langsame, ruhige Hebung der Lebenshaltung und der politischen Macht des Proletariats, als ob sie allein das „Endziel“ wäre, und wir arbeiten so fleißigst rastlos daran, als ob morgen die „Katastrophe“ vor der Thür stünde.

Wie lang oder wie kurz der Weg zum Ziele sein mag, wir wissen es nicht, aber auf der Zielinie können wir nicht marschieren, so sicher sie die kürzeste ist, sondern auf den unebenen und klümmerten Wegen der gegebenen Verhältnisse müssen wir, wie Engels sagt, „in hartem, jähem Kampfe von Position zu Position langsam vordringen“. Und bei jeder Wiegung des Weges müssen wir gewärtig sein, vor Ueberforderungen zu stehen in dem einen Sinne wie in dem anderen. Weil wir aber den Weg nicht in seiner ganzen Strecke übersehen können, weil wir uns vielleicht allzu hoffnungsfreudig über seine Länge täuschen, sollen wir uns und den unseren den Ausblick auf den ragenen Gipfel verlagern, dem wir in unsäglicher Mühsal zusteuern? Wie unpraktisch diese praktischen Menschen doch oft sind! Die Kraft unserer Partei, die Leistungsfähigkeit jedes einzelnen unserer Genossen ruht darauf, daß er weiß, daß das Uebermaß von Arbeit, von Opfer, von Muth und Ausdauer, das er sich und den andern täglich zumuthen muß, nicht nur dem Wohle einzelner Gruppen, die er vor sich sieht, gewidmet ist, sondern daß er der Träger eines Stückes Geschichte ist, daß er nicht nur für die Gegenwart arbeitet, sondern auch für die Zukunft. Allerdings, nicht nur für die Zukunft, sondern auch für die Gegenwart. Denn der Gipfel unheimlicher Thorheit ist jene Hoffnung der Gegner, die meinen, nur das Endziel der Sozialdemokratie diskutiert werde, müsse es mit ihrer Hauerbermacht über die Waffen bald zu Ende sein. Mit der Theorie von der unaufhaltsamen, unermesslichen fortschreitenden Verelendung des Proletariats müsse die Sozialdemokratie fallen, meinen sie. Als ob das wirklich auf die Arbeiter so abschreckend wirken könnte, wenn wir ihnen sagen dürfen: der Weg, den wir euch führen wollen, führt nicht, wie wir einst meinten, durch immer tieferen Jammer, sondern ihr selbst sollt, wenn nicht das Ziel, doch ein Stück Kultur, ein Stück Erhebung, ein Stück Menschwerdung erleben und genießen. Ja, daß ihr Menschen werdet, das allein setzt euch in den Stand, das Ziel zu erreichen.

In einem schon nach dem Parteitag erschienenen Artikel im „Vorwärts“ hat Bernstein den österreichischen Sozialdemokraten die Ehre angethan, sie „Meister jenes Opportunismus“ zu nennen, den er für das Ideal der Taktik hält. Es ist richtig, daß wir in Oesterreich auf schwierigerem Boden manchen erheblichen Fortschritt gemacht haben; wenn er aber meint, daß wir dabei den Blick unaufhörlich auf den Boden gefenkt haben, um nur ja keine Unebenheit zu übersehen, und daß wir uns den Ausblick auf die Ziele der Bewegung verstellen, dann irrt er sich. Wir wären längst zu grunde gegangen in dem Sumpfe österreichischer Dinge, wir hätten der Bewegung nie den Schwung geben können, der nöthig ist, um unsere Art von „Opportunismus“ abzuhaken zu können, wenn wir am Boden steben und nicht den Blick frei erheben würden zu den Zielen der Bewegung. Wir österreichischen Sozialdemokraten wissen uns in voller Uebereinstimmung mit der überwältigend großen Mehrheit unserer deutschen Genossen, deren Ueberzeugung in Stuttgart so glänzend zum Ausdruck gekommen ist. Was Kautsky unter der jubelnden Zustimmung der Delegirten dort sagte, war uns aus der Seele gesprochen, und wie unsere deutschen Genossen sind wir bereit, in harter, täglicher Arbeit als Pioniere zu schranken, aber ebenso bereit, die Schlacht zu schlagen, wenn der Feind uns zwingt, sie aufzunehmen. Auch wir sehen die Gefahr, daß es zu solchen Krisen kommt, für keineswegs überwinden an. Die Thorheit und die Brutalität unserer Gegner ist nicht geringer, eher größer als irgendwo in der Welt, und unsere ganze Kunst muß sein, zu trachten, daß das Schlachtfeld und der Schlachttag nicht gar zu ungünstig für uns, vor allem aber, daß unsere Armee bereit sei. . . .

Der Stuttgarter Parteitag hat natürlich über die Frage, die Bernstein wirklich aufgeworfen, die Frage, wo wir stehen? nichts entscheiden können. Bernstein meint, daß die Konzentration des Kapitals, die Proletarisierung der Massen langsamer vor sich gehe, als zu erwarten war, und er fügt sich dabei wesentlich an eine Statistik, die das nicht beweisen kann, was er erwiesen glaubt, weil sie über die völlig geänderte wirtschaftliche Funktion gewisser Schichten nichts auszusagen vermag. Doch das sind Dinge, die weder auf dem Parteitag noch in der Parteipresse ausgetragen werden können. Wenn Bernstein aber auf Grund englischer Erfahrungen meint, eine Wüderung der Klassenverhältnisse, eine Abmilderung des Klassenkampfes sei in Aussicht oder möglich, so hat ihm der Parteitag die Antwort gegeben, die wir alle ihm geben müssen. Mögen wir uns dessen freuen oder es bedauern; nichts davon macht sich bemerkbar, im Gegentheil, wenn eine Zeit lang mildere Luft geweht hat, der erste ernste Interessenkonflikt zeigt uns den Abgrund tiefer,

als er war. Man sehe doch, welches Schicksal die paar wohlmeinenden Ritter haben, die dem Bürgerthum zum sozialen Frieden rathen, man sehe die Hege gegen die nationalsozialen und staatssozialistischen Priester und Professoren. Nun sagt uns Bernstein: Ihr auf dem Kontinent seid eben rückständig. Das ist wahr, aber wir können unsere Gegner nicht anders behandeln, als sie sind. Sollen wir warten, bis sie sich manieren werden? Wer weiß, thun sie das! Es hat gar sehr den Anschein, die herrschenden Klassen auf dem Kontinent werden sehr rückständig und durchaus ungenauert zur Grube fahren müssen. Keinesfalls giebt es irgend eine Erfahrung, die uns veranlassen könnte, den Panzer des streng geschlossenen proletarischen Kampfes abzulegen. Das hat der Parteitag in Stuttgart“ utlich herausgesagt, und auch darin fühlen wir in Oesterreich uns mit ihm einig.

Lokales.

Arbeiter, Parteigenossen!

Heute Abend 8 1/2 Uhr finden in den unten bezeichneten Lokalen sechs Parteiversammlungen mit folgender Tagesordnung statt:

- 1. Bericht und Neuwahl der Vertrauenspersonen. 2. Wahl der Mitglieder der Lokal- und Preßkommission. 3. Berichtserstattung der Delegirten vom Parteitag. 4. Diskussion.

Die Wichtigkeit dieser Tagesordnung gebietet, daß in allen parteigenösslichen Kreisen für die Versammlungen agitiert und ein zahlreicher Besuch herbeigeführt werde. Die einzelnen Wahlkreise halten die Versammlungen in folgenden Lokalen ab:

- 1. Wahlkreis: „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20.
2. Wahlkreis: „God-Brauerrei“, Tempelhofer Berg.
3. Wahlkreis: „Brochnow“, Sebastianstr. 39.
4. Wahlkreis: „Stehert“, Andreasstr. 21.
5. Wahlkreis: „Schweizer Garten“, Am Königsthor.
6. Wahlkreis: „Kolberger Salon“, Kolbergerstr. 23.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstags, Donnerstags und Freitags abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.

Unser Parteigenosse Reichstags-Abgeordneter Arthur Stadthagen hat die von der achten Strafkammer am Landgericht I am 18. November v. J. gegen ihn erkannte Strafe von fünf Monaten Gefängniß, die am 17. September d. J. vom Reichsgericht bestätigt wurde, gestern in Pölgensee angetreten. Die Strafe wurde s. Z. ausgesprochen, weil Stadthagen die preussischen Verwaltungsbeamten, die Offiziere und Unteroffiziere, die Richter, den hochseligen Brausewetter im besonderen und endlich die Polizeibeamten beleidigt haben sollte. Ursprünglich war auf ein volles Jahr Gefängniß erkannt worden; nachdem das Reichsgericht jedoch die Sache an das Landgericht zurückgewiesen hatte, sprach dieses das vorhin erwähnte Urtheil aus.

Der Kampf, den Stadthagen gegen die Mißstände namentlich des preussischen Polizeiwesens seit Jahren zu führen hatte, ist bedeutend genug, um nicht allein von der Gegenwart, sondern auch von der Zukunft, und gewiß nicht zum Ruhme der herrschenden Kreise, gewürdigt zu werden. Es ist bekannt, welches Verdienst sich Stadthagen namentlich durch Herbeiführung der am 5. und 6. Oktober gepflogenen Gerichtsverhandlungen erworben hat, in denen eine unglaublich lange Reihe der abgeleiteten Mißhandlungsfälle auf Polizeifunktionen durch zahlreiche Zeugen-Aussagen auf das eifrigste erwiesen wurden. Mißhandlungsfälle, gegen die die vielverdienenden „Auswärtigen“ streitender Arbeiter, wegen deren man ein Buzschauspiel schaffen will, sich ausnehmen wie harmlose Kinderhausgeier.

Bezeichnend für das Verhalten, das man in preussischen Regierungskreisen zur Schau trägt, ist aber die Behandlung, die man von dieser Seite einem Mann wie Stadthagen zu theil werden läßt. Unser Parteigenosse sendet uns folgende Zuschrift zur Verpöffenlichung:

Am 1. Oktober richtete ich an den Justizminister das Gesuch, mir, da ich bislang im Gefängniß an Lungenerkrankungen litt und mir ohne Genehmigung des Justizministers nach dem Gefängniß-Reglement Selbstbelästigung nicht gewährt werden kann, Selbstbelästigung auf meine Kosten — eventuell aber wenigstens mir zu gestatten, täglich zwei Liter Milch auf meine Kosten mir zu verschaffen und Selbstbelästigung mir zu gewähren. Auf dieses Gesuch bin ich bis heute ohne Antwort geblieben.

Hingegen erhielt ich am 5. Oktober — dem Terminstage in der legt wider mich verhandelten Strafsache — seitens der Staatsanwaltschaft die Aufforderung, bis spätestens am 15. Oktober die durch Erkenntniß des Reichsgerichts vom 17. September 1898 bestätigte fünfmonatliche Gefängnißstrafe anzutreten.

Am 11. Oktober fand ich Ladung des Reichsgerichts zu einem Termin am 4. November vor (es handelt sich um meine Revision gegen das Urtheil des Hanauer Landgerichts vom 11. Juli). An demselben Tage beantragte ich, mit Rücksicht auf diesen Termin, Strafsaussetzung bis zum 5. oder 6. November. Darauf erhielt ich am 13. Oktober folgenden Bescheid: „Ihrem Strafsaussetzungs-Gesuche vom 11. d. M. vermag ich nicht stattzugeben, da der Umfang, daß in einer Strafsache wider Sie am 4. November d. J. Termin vor dem Reichsgericht ansteht, die Aussetzung der Strafvollstreckung nicht recht fertigen kann.“

Ob Ihre Vorführung veranlaßt werden soll, falls Sie auf der persönlichen Wahrnehmung des Termins bestehen, muß späterer Entscheidung vorbehalten bleiben.“

Unterschrift. Unmittelbar nach Empfang dieses Bescheides erhielt ich am 13. Oktober sodann Ladung zum 25. Oktober 9/10, Uhr nachmittags vor das Landgericht Berlin II. An demselben Tage richtete ich an den ersten Staatsanwalt beim Landgericht ein erneutes Gesuch, bis zum 26. Oktober die Strafvollstreckung aufzuschieben. Hierauf erhielt ich am 15. Oktober abends folgenden Bescheid:

„Ihrem erneuten Strafsaussetzungs-Gesuche vom 13. d. M. vermag ich nicht stattzugeben, da Ihrer Vorführung zu dem am 25. d. M. vor der ersten Strafkammer des königlichen Landgerichts II anberaumten Termine nichts im Wege steht.“

Unterschrift. Nunmehr werde ich mich, da am Sonntag Ausnahmen im Gefängniß nicht stattfinden, morgen zum Strafamt zu melden. Welche Schlüsse aus den vorgeführten Thatfachen zu ziehen sind, überlasse ich dem Leser.

Berlin, den 16. Oktober 1898. Arthur Stadthagen. Hoffentlich überwindet Stadthagen auch diesmal die gesundheitsheiligen Schädigungen, die er in einem Strafgefängniß zu erdulden hat, dessen Verwaltung sich bisher noch nicht einmal zur Gewährung von Selbstbelästigung an politische Gefangene aufzuheben durfte.

Der „Parteilobler“ im Organ für deutsche Arbeit in Stadt und Land. Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ sieht eine ihrer wesentlichsten Aufgaben darin, die Sozialdemokratie moralisch dort zu vernichten, wo die sonst von ihr beliebte Kampfmethode mit den geistigen Waffen des Dreiflügels aus Gründen der Vorsicht nicht gut angebracht ist. Nachdem das Blatt seiner Aufgabe bisher schon mancher verderblichen Erwähnung gegenüber so genial nachgekommen ist, daß ihm namentlich unsere Blätter rechtlichen Dank schulden, nimmt es sich heute die sozialdemokratischen Parteilobler“ einmal gehörig vor. Von diesem Geziefer wird folgende Schilderung entworfen:

Die sozialdemokratischen Gastwirthe zählen in Berlin nach Hunderten. Den Ehrenrittel Parteilobler tragen sie jedoch, was sogar unter den „Genossen“ kein Geheimniß ist, mit wenigen Ausnahmen nur als



Edelmantel, während ihnen in Wirklichkeit Gehalt und Verdienst über alles andere gehen. Das ist auch nicht weiter auffällig, wenn sie, wie fast durchweg in den Vorkästen, auf Arbeiterlichkeit angewiesen sind und nur mit den Wölfen heulen. Charakteristisch bleibt aber trotz alledem, wie nach berühmtem Muster der Oberbunzen selbst diese Parteibücher scheinbar das Interesse der Partei aufs regste wahrnehmen und dabei ihr Schäfchen hübsch ins Trockene bringen. Beispielsweise waren bei der letzten Reichstagswahl zahlreiche Parteibücher auf der Straße oder in den Wahllokalen thätig, indem sie gleichzeitig große Mengen Getränke und Zigarren spendierten. Sie wußten eben ganz genau, daß die Ausgabe doppelt und dreifach wieder einkommen und mancher neue Kunde gewonnen werden würde. Wie die „Genossen“ von diesen Parteibüchern oft ausgebeutet werden, ist im Interesse ihrer Familien tief zu bedauern. Vom Wochenverdienst bleibt das meiste in der Kneipe, ein erkledlicher Theil fließt in die verschiedenen Parteifonds, den kleinen Rest erhält die Familie, welche gewöhnlich kräftig mitarbeiten muß, wenn sie nicht arge Roth leiden will. Dafür aber haben solche Arbeiter das erhebende Bewußtsein, beim Parteibücher in gewissem Ansehen zu stehen und „zielbewusste Genossen“ zu sein. Manche sehen mit der Zeit ein, in welche Klauen sie gerathen sind, aber bei dem bekannnten Terrorismus der „Genossen“ fällt es nicht leicht, offen den Rückzug anzutreten und das Wohl der Familie über Partei-Interessen zu stellen. Den Parteibüchern in dessen gelingt es meist nach Verlauf einiger Jahre, sich mit ihrem „Entworfene“ in die Reihen der „Bourgeois“ zurückzuziehen.

Wir glauben ganz im Sinne der „Deutschen Tageszeitung“ zu handeln, wenn wir aus ihrer gelehrten Abhandlung die entsprechende Schlussfolgerung für die Praxis ziehen. Bisher konnten die von dem Agrarierblatt geschmäddoll als „Parteibücher“ bezeichneten Gastwirthe, wie in den Kreisen unserer Parteigenossen bekannt sein dürfte, sich im allgemeinen gerade nicht über allzu äppiges Wohlleben beklagen, ja sehr vielen unter ihnen ging es sogar herzlich schlecht. Nachdem die „Deutsche Tageszeitung“ nunmehr aber konstatiert hat, daß sich die meisten „Parteibücher“ schon nach wenigen Jahren in die Reihen der Bourgeois zurückziehen können, wird das Blatt wohl nichts dagegen haben, wenn es von den Gastwirthen bei Abschluß von Lieferungsverträgen oder bei sonstigen Geschäftsangelegenheiten, wo es auf Stärkung des Credits ankommt, als gewissenhafte und vollgiltige Referenz ausgegeben wird. Vielleicht annimmt die „Deutsche Tageszeitung“ ihre zum Theil ja zu vortheilhaftesten Geldgeschäften gern bereiten Freunde auch zur Stellung von Bürgschaften zc. für sozialdemokratische Gastwirthe. Da diese — immer nach der Zeitung für deutsche Arbeit in Stadt und Land — sich ja doch in wenigen Jahren zur Bourgeoisie zurückziehen können, also wohl Vertreter des „Mittelstandes“ werden, so liegt in solchen Handeln garnicht einmal ein Parteiverstoß. So ist der „Deutschen Tageszeitung“, die bisher in einem Athemzuge für Rettung des Mittelstandes plaidierte und für großstädtische Waarenhäuser redaktionelle Reklamen schrieb, einmal glänzende Gelegenheit geboten, alle Sünden gut zu machen und wahrhaft „praktische Mittelstandspolitik“ zu treiben.

Unsere parteigenösslichen Gastwirthe sind diesen wunderlichen Organ für unfreiwillige Komik in der That Anerkennung schuldig und sie werden gewiß nicht verfehlen, dem Blatte ihre Gefühle in launiger Weise zu erkennen zu lassen.

Die städtische Kommission zur Veranlassung über die Zentralisation der Orts-Krankenkassen hat gestern unter Vorsitz des Stadtrath Friedel eidgiltig beschlossen, dem Plenum der Gewerbe-Deputation vorzuschlagen, grundsätzlich anzuerkennen, daß die Zusammenlegung der Orts-Krankenkassen für die Vertheilung von großem Nutzen sein kann, daß aber bei der allgemeinen Haltung der Generalversammlungen der meisten Orts-Krankenkassen die Gewerbe-Deputation als Aufsichtsbehörde nicht die Möglichkeit hat, das zu erzwingen.

Die Bronzegruppen auf der neuen Potsdamer Brücke sollen bestehen bleiben. So meldet ein Richterstatler, der die Wichtigkeit seiner Meldung aus dem Umstande herleitet, daß gegenwärtig schon die Vorbereitungen für die Aufstellung der auf der neuen Viktoria-Brücke noch fehlenden beiden Gruppenbilder auf den hier bereits vorhandenen Marmorpostamenten getroffen werden. Bei der Aufstellung sollen jedoch folgende Aenderungen eintreten: Die Figur von Berner und Siemens, die jetzt an der Ecke der neuen Potsdamer Brücke und des Schöneberger Ufers steht, wird nach der Viktoria-Brücke, Ecke Königin-Augusta-Straße, transportirt werden, während das von Siemens verlassene Postament von der Königsgruppe eingenommen werden wird. Auf der anderen Seite der Viktoria-Brücke, am Schöneberger Ufer, ist bereits ein Stein aufgestellt worden, um auf das hier befindliche Postament die Figur des Mathematikers Gauß emporzuwinden. Das für die Reuanstellung der Siemens-Gruppe bestimmte Postament ist ferner durch einen interimsweise angebrachten Aufsatz um etwa 1/2 Meter erhöht worden, um auszuprobieren, ob die Gruppen auf einem so erhöhten Postamente besser wirken. Sollte dies der Fall sein, so werden sämtliche Postamente in der angegebenen Weise erhöht werden.

Die Stadtbahn-Station „Jannowitzbrücke“ wird nach einer jetzt von der königlichen Eisenbahn-Direktion getroffenen Bestimmung vom Tage der Eröffnung der neuen Jannowitz-Passage an sowohl von der Jannowitzbrücke wie von der Holzmarktstraße aus zugänglich sein, wie auch der Aufstieg nur von der Brücke aus und der Abstieg nur auf der neuen Treppe erfolgt.

Was einer Herrschaft alles nicht gefällt. „Härr! Mad, deshalb entlassen.“ Diesen Vermerk setzte, dem „Berl. Tagbl.“ zufolge, eine Herrschaft\* ihrem Dienstmädchen in Dienstbuch. Auf die Beschwerde des Mädchens wurde dieses Zeugniß auf dem Buche wieder entfernt werden, da es unzulässig sei.

Den Raubmord in der Honskirchstraße haben zwei Ganner in nichtswürdiger Weise für sich auszubedenken versucht. Zu dem Kirchendiener Wegener kamen am Freitag voriger Woche zwei Männer, die behaupteten, von seinem Sohne gekidnappt worden zu sein. Der eine nannte sich Schneiderreit aus der Weinstraße und stellte seinen Begleiter und Freund als ehemaligen Offizier vor. Die Männer erklärten, Albert Wegener, dessen Aufenthalt ihnen bekannt sei, lasse durch sie seinen Vater um Geld bitten, das ihm die Flucht ermöglichen solle. Der schwergeprüfte Mann ließ sich jedoch auf nichts ein. Die Bittsteller nannten ihn darauf einen Rabenwader, der kein väterliches Herz habe, und entfernten sich schimpfend. Wegener theilte den Vorfall der Polizei mit. Dieser gelang es, die beiden Menschen zu ermitteln und festzunehmen, und stellte sie gestern, Dienstag, Wegener gegenüber, der sie mit Bestimmtheit wiedererkannte. Schneiderreit hatte seinen richtigen Namen angegeben; er hat erst vor einiger Zeit eine längere Gefängnisstrafe verbüßt. Sein Spießgefelle ist ein Mensch, den man in der Bedruckerwelt unter dem Spitznamen „Premier-Regententant“ kennt. Beide bestreiten, von dem Aufenthalt des schätigen Wegener etwas zu wissen, und geben den Versuch, seinem Vater Geld abzuschwindeln, zu. Die Polizei hat beide in Gewahrsam behalten.

Zum Selbstmord des Oberfaktors Grünenthal wird noch gemeldet: Grünenthal hatte eine im Erdgeschoß der Station E I belegene Zelle inne und stand fortgesetzt Tag und Nacht unter scharfer Bewachung, indem der Gefängniswächter vor seiner Zelle patrouillirte und den Inhaftirten durch ein Guckloch, den sogenannten „Rudaa“, ungelassen überwachte. Diese Observation war verschärft worden, seitdem man vor längerer Zeit einer Durchsicht auf die Spur gekommen zu sein glaubte. Es handelte sich damals um Briefschaften von weiblicher Seite an Grünenthal, die jedoch freilich niemals den Adressaten erreicht haben. Dieser selbst hat im Untersuchungsgefängniß den Beamten zur Unzufriedenheit keinen Anlaß gegeben, oder sich gegen die Hausordnung verhalten. Er war vielmehr, zumal in der letzten Zeit, vollständig indifferent und sprach aus freien Stücken niemals, sondern beschränkte sich darauf, auf die an ihn gerichteten Fragen zu antworten. Vor einigen Wochen hat er freilich zu einem Besucher auf die Frage nach seinem Ergehen geäußert, daß es sein Wunsch sei, aus dem Leben zu scheiden. Doch ahnte niemand, daß er einen

berartigen Entschluß tatsächlich gefaßt habe. Grünenthal hat vielmehr alle Welt durch seine scheinbar Ruhe getäuscht.

Die Leiche ist einstweilen in der Zelle Grünenthal's niedergelegt worden; der Tod war, wie die ärztliche Besichtigung ergab, durch linksseitigen Schädelbruch erfolgt. Das Ableben ist auf der Stelle eingetreten; alle Wiederbelebungsbemühungen blieben ergebnislos.

Durch den Selbstmord Grünenthal's wird übrigens die Aufmerksamkeit der Behörden wieder auf die bauliche Einrichtung des Untersuchungsgefängnisses sowohl als auch des Kriminalgerichts-Gebäudes gelenkt. Die geringe Höhe der Geländer, sowie der Mangel jeglicher Schutzvorrichtung ist schon wiederholt in beiden Gebäuden von Untersuchungsgefängnissen und von verurtheilten Verbrechern zu Fluchtversuchen und Selbstmordversuchen ausgenutzt worden. Der Mangel könnte mit leichter Mühe und verhältnismäßig geringen Kosten beseitigt werden, wenn an den Gittern Drahtgitter von entsprechender Höhe angebracht würden, eine Einrichtung, wie sie bereits in zahlreichen Gefängnissen, u. a. auch in dem neuen Gefängniß in Tegel besteht.

Zum Morde in der Honskirchstraße. Nach Veröffentlichung des Steckbriefes auf den verfolgten Mörder der Rosa Kaiser, den Holzschneider Albert Wegener, hat ein Beamter der Lehrter Eisenbahn in Spandau die Anzeige erstattet, daß er zwei Tage nach dem Mord einen Menschen, auf den die Photographie und das veröffentlichte Signalment des Mörders genau paßten, auf der Hamburger Chaussee getroffen habe; der Fremde habe ihn nach der Begrüßung gefragt und dabei geäußert, er wolle über Neu-Müppin, wo er Verwandte habe, nach Hamburg. Der Bahnbeamte behauptet, daß er auch an einer Hand des Unbekannten eine Narbe wahrgenommen habe; eine solche hat Wegener. Die Spandauer Polizei hat hierbon den Sicherheitsbehörden in Neu-Müppin und Hamburg Nachricht gegeben. W. sollte einem Gerücht zufolge auch in der „Concordia“ in St. Pauli, der Vorstadt von Hamburg, verhaftet worden sein. In der That war ein Wädergeselle, der sehr viel Ähnlichkeit mit dem Mörder Wegener hat, in Haft genommen, aber bald wieder entlassen worden, da er sich ausreichend legitimiren konnte.

Zu der Verhaftung des Buchhändlers Erpel werden jetzt folgende Einzelheiten bekannt: Der Landjäger Werner aus Hastedt besah sich Montag Vormittag in der Gastwirtschaft von Tietzen in genanntem Orte, in welcher auch ein junger, reduzierter gelehrter Mann einschreite. Dieser machte sich dadurch verdächtig, daß er verschiedenen Gästen ein Fahrrad zum Kauf anbot. Der Beamte stürzte den Unbekannten nach der Polizeiwache, wo er sich zunächst als der Arbeiter Engel aus Barndel bezeichnete, der auf der Wanderschaft befindlich und Beschäftigung suche. Bei dem Vergleich mit der der Polizei vorliegenden Photographie des flüchtigen Erpel wurde jedoch die Identität des Verhafteten mit dem Gesuchten festgestellt. Als man dem angeklagten Engel erklärte, daß er der ausgebrochene Buchhändler sei, wies er die Verkaufsbücher mit großer Entrüstung zurück und erklärte es für unbegreiflich, wie man ihn mit einem solchen Subjekt vergleichen könne. Erst nach längerem Bernehmen gestand er weinend ein, daß er der Gesuchte sei. Bei dem Verhafteten wurden noch 10 Taschenuhren, 4 Uhrketten, 3 Armbänder, 82 Kreuz- und Siegelringe und 59 Ohrgehänge vorgefunden; außerdem 6 M. Baargeld, die der Erlös einer gestohlenen Uhr waren. Diese Werthsachen hatte Erpel aus dem Schaufenster eines Uhrmachers gestohlen, indem er die Scheibe entzwei schlug, wobei er sich eine Verletzung zugezogen hatte. Da der Verhaftete für die neuen Einbrüche erst der Aburtheilung warten muß, bleibt er bis zur Verhandlung in Hastedt.

Die von dem verhafteten Magistratssekretär Meißner unterschlagenen städtischen Gelder belaufen sich nicht auf 3000 M., wie zuerst gemeldet wurde, sondern nur auf etwa 700 M., die von Verwandten gedeckt worden sind.

Das Polizei-Präsidium theilt mit: Als mißthätlich gestohlen ist beschlagnahmt: ein Kasten mit Buchbinder-Werkzeug, zwei wollene Hemden, ein Paar Strümpfe, ein Stehkragen, zwei Taschentücher, ein Halsstuch, eine Schärpe, eine Hose und sieben metallene, durchbrochene Ständerplatten. Interessanten können diese Gegenstände in den Vormittagsstunden von 9—12 Uhr in dem Polizei-Dienstgebäude, Zimmer 332, in Augenschein nehmen.

Mit ihrem Schooßhund gemeinsam in den Tod gegangen ist die 58 Jahre alte Frau des Tischlers Schulze vom Plammer 5. Infolge beständiger Eifersucht der Frau gab es wiederholt heftige Auftritte zwischen dem Ehepaar. Gestern kam es wieder zu Jam und Streit. Schulze ging schließlich aus der Wohnung. Seine Frau kam zu den Nachbarn und der Hauswirthin und klagte, daß sie es nicht mehr aushalte. Vergeblich suchte man sie zu beruhigen. Als Abends um 11 Uhr ihr Mann wieder nach Hause kam, lag sie in ihrem Zimmer todt auf dem Fußboden. Bei ihr lag als Leiche ihr Schooßhündchen. Die Frau hatte dieses und sich selbst vergiftet.

Ein Bild des Jammers. Von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden sind gestern Nachmittag die Leichen zweier Kinder der unverheirateten Arbeiterin L. aus der Landsberger Allee Nr. 132/33. Es handelt sich um ein Zwillingenpaar, die acht Wochen alten Anaben Arthur und Alfred. Dieser war bisher gesund, jener dagegen litt seit seinem dritten Lebensstage an Husten und wurde ärztlich behandelt. Nach Angabe der Mutter sind die Anaben am Sonnabend Abend von Krämpfen befallen worden. Arthur bekam den Anfall um 9 Uhr und starb um 12 1/2 Uhr, Alfred wurde um 11 Uhr krank und starb um 3 1/2 Uhr. Der Arzt wurde erst gerufen, als Alfred in den letzten Pfügen lag; er konnte die Todesursache nicht feststellen. Die Mutter will sich in der nächsten Zeit mit dem Vater der Kinder, einem Hausdiener eines Krankenhauses, verheirathen.

Eine aufregende Szene gab es gestern Vormittag in der Alexanderstraße, in der Nähe der Dragonerstraße. Ein Arbeiter Blumenfeld bekam einen Krampfanfall und brach auf dem Fahrrad zusammen, als gerade ein Geschäftsfuhrwerk in scharfem Trab dahergefahren kam. Die feurigen Pferde, die der Aufscher nicht mehr anhalten konnte, traten den Unglücklichen arg am Kopf und am ganzen Leibe und zogen dann den Wagen über ihn hinweg. Man trug den Verunglückten auf die Wache des 6. Regiments. Hier stellte ein Arzt so schwere Verletzungen fest, daß man ihn mit einem Rücken Rettungswagen in ein Krankenhaus bringen mußte.

Durch einen Sturz vom Heuboden ist gestern Abend der 94 Jahre alte Stallmann Ods, der bei einem Fuhrmann in der Köpenstr. 980 beschäftigt ist, schwer verunglückt. Als er den Boden verlassen wollte, rutschte das Heu, das er bis an die Lule herangebracht hatte, weg und Ods stürzte in den Stall hinab. Der Verunglückte, der sich einen Bruch des Schädels, des linken Unterschenkels und Arms zuzog, wurde von seinem Dienstherrn mit einer Droschke in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Von einem beklagenswerthen Unglücksfall ist am Montag Nachmittag die Familie des Lebergerichters R. am Gesundbrunnen, Pringen-Allee, heimgesucht worden. Frau R. war mit ihrem fünf Jahre alten Sohn Eduard zum Besuche einer in der Scharnweberstraße wohnhaften Verwandten, Frau O., gegangen und half dieser beim Aufplätzen ihrer Kochgeschwäche, während der Anabe im Zimmer spielte. Als die Mutter sich, um Stärke einzulassen, einen Augenblick aus der Wohnung entfernte, öffnete der wilde kleine Anabe, um nach dem Verbleib der Mutter auszufragen, die verschlossene Balkontür. Das Kind nahm einen Stuhl mit auf den Balkon hinaus, kletterte hinauf und lehnte sich über die Brüstung; dabei verlor der Stuhl das Gleichgewicht und stürzte eine Etage hinab auf das Straßenpflaster. Der Zustand des Kindes ist hoffnungslos.

Theater. Im Schiller-Theater werden heute „Hagemann's Töchter“ zum ersten Male wiederholt. Für Freitag und Sonnabend ist die Aufführung der „Wallenstein-Trilogie“ angesetzt. Billets zu diesen beiden Vorstellungen sind von heute ab ohne Aufgeld an der Tageskasse zu haben. — Heute Abend 8 Uhr findet in der alten Urania, Invalidenstr. 67/68 (Kunst-Schaubühne), ein Projektions-Vortrag über den Rührer, Vater und Bildhauer Max Klinger von Fritz Stahl statt. — Die im Ansehung an den semischen Vortrag „Die Urzeit des Menschen“ in der Urania, Landwehrstraße, angeordnete Sammlung prähistorischer Gegenstände ist durch eine neue Sendung des römisch-germanischen Zentralmuseums zu Mainz wesentlich bereichert worden.

Aus den Nachbarorten.

Wilmersdorf. Heute Abend 8 Uhr findet im „Volksgarten“, Berlinerstr. 40, eine Parteiverammlung für Männer und Frauen statt, in welcher Bericht über den Parteitag, Bericht des Vertrauensmannes, Bericht der Lokalkommission erstattet wird und Neuwahl stattfindet. Ich erlaube mir recht rege Theilnahme. Der Vertrauensmann.

Schöneberg. In der am Montag abgehaltenen Sitzung der Stadtvorordneten verlangte der Magistrat eine Aenderung des mit dem Konortium der südlichen Vorortbahn abgeschlossenen Vertrages dahin, daß die Ringbahnlinie dieser Bahn anstatt durch die Feuerstraße durch die Hauptstraße und vor dem Rathause vorbei in die Colonnenstraße geführt werde. Ferner soll die Gesellschaft von der Verpflichtung, eine Linie durch die Siegfried- und Monumentenstraße zu bauen, bis zum 1. Oktober 1903 befreit werden. Dafür hat die Bahn, abgesehen von der bisherigen Leistung der Zuschüsse in Höhe von 30 000 M., die Verpflichtung, den Straßendamm auf dem Kaiser-Wilhelmsplatz zu asphaltiren. Dieser Antrag wurde seiner Wichtigkeit wegen einem Ausschuss überwiesen. — Ein Antrag der Petitions-Kommission, die Petition der Baugesellschaft Bellevue um Regulirung der Warburgstraße mit der Nachgabe zu genehmigen, daß diese eine hinreichende Gewähr biete für eine der Gegend angemessene Bebauung, verursachte eine lange und stellenweise sehr stürmische Debatte. Bürgermeister Wilde wandte sich gegen den Antrag der Petitions-Kommission sowohl als gegen einen anderen von mehreren Stadtvorordneten gestellten, wonach der Abzug „angemessene Bebauung“ gefordert werden soll, und begründete seine Forderung mit dem Ausspruch, daß die Stadtvorordneten das Wohl der Stadt zu wahren, nicht aber das Interesse von Hauspekulanten zu wahren hätten. Nachdem sich mehrere Redner heftig gegen die Worte des Bürgermeisters verwahrt hatten, erklärte dieser, daß er niemanden habe persönlich beleidigen wollen. Schließlich nahm die Versammlung den Antrag der Petitions-Kommission an, stieß aber den Abzug, betreffend die angemessene Bebauung.

Unsere Nachbarstadt Charlottenburg entwickelt sich immer mehr zu einer Industriestadt. Während im Jahre 1895 die Zahl der gewerblichen Anlagen mit maschinellen Betrieben noch 188 betrug mit einer darin beschäftigten Arbeiterschaft von insgesammt 11 291 Köpfen, zählt gegenwärtig Charlottenburg nach den neuesten statistischen Angaben 244 derartiger Betriebe mit insgesammt 14 294 Arbeiter und zwar 452 männlichen und 68 weiblichen Arbeitern im Alter von 14 bis 16 Jahren und 12 329 männlichen und 1445 weiblichen Arbeitern im Alter von über 16 Jahren. Zu den bedeutendsten der örtlichen gewerblichen Anlagen gehören diejenigen von Siemens u. Halske mit 3425 männlichen und 178 weiblichen Arbeitern; es folgen Ludwig Löwe mit rund 1500 Arbeitern, die Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Anstalt mit 650 Arbeitern, die Gehbauer'sche Fabrik mit 491 männlichen und 78 weiblichen Arbeitern, die Aktiengesellschaft vormals Freund mit 529 Arbeitern, die königliche Porzellanmanufaktur mit 435 männlichen und 14 weiblichen Arbeitern, die chemische Fabrik von Schering mit 253 Arbeitern, E. March Söhne mit 130 Arbeitern, Behring mit 122 Arbeitern zc. Die Zahl der gewerblichen Anlagen mit maschinellen Betrieben hat sich sonach seit 1895 um 96, die Zahl der in diesen beschäftigten Arbeiter um 3083 vermehrt.

Aus Spandau. Herr Oberbürgermeister Koelge sendet uns\* zu dem am Sonntag gebrachten Bericht über die letzte Stadtvorordneten-Sitzung die folgende Berichtigung: Ich habe nicht gesagt, daß was den angeblichen Aufruhr und die Brandstiftung anbelangt, wir ordentlich hinter's Licht geführt worden sind. Ich habe nur gesagt, daß die Zeitungsschreiber die hiesigen Verhältnisse schlimmer dargestellt haben, als sie gewesen sind.

Im Grunewald erhängt aufgefunden wurde der seit mehreren Tagen vermißte 29jährige Kaufmann Lipschitz. Der junge Mann hatte sich aus seinem Geschäft ohne jegliche Veranlassung entfernt und ist wahrscheinlich in einem Anfälle geistiger Störung eine Zeit lang umhergeirrt.

### Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll. Schriftliche Antwort wird nicht ertheilt.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.

Schlösser 2. Theil. Sie den Fall der Gewerkschaftsorganisation mit. Ist diese damit einverstanden, so wollen wir die Angelegenheit auch im Blatt behandeln.

B. D., Hamburgerstraße. Städtische Fortbildungsschulen für Frauen und Mädchen befinden sich Friedenstr. 20, Hochstr. 4, Turnstr. 75, private Fortbildungsschulen dieser Art Alsterstr. 23, Anguhr. 67—68.

L. R. Nicht bekannt.

### Witterungsübersicht vom 18. Oktober 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C	Temp. u. F. °F	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C	Temp. u. F. °F
Swinemünde	750	ORO	0	Schnee	2	36	Saparanda	766	Still	0	Wetter	—	—
Hamburg	748	ORO	4	Schneef.	3	37	Bretterburg	784	0	1	Wetter	—	—
Berlin	749	RO	3	Schneef.	2	37	Fort	740	RRR	3	Wetter	—	—
Wiesbaden	746	RO	1	Wolllig	8	38	Aberdeen	746	ORO	6	Regen	8	—
Wien	749	S	3	Wolllig	8	38	Paris	741	SES	3	Wolllig	13	—
München	749	SW	3	Wolllig	11	—							

Weiter-Prognose für Dienstag, den 19. Oktober 1898.

Ernoo wärmer, zeitweise anfallend, vorherrschend wolllig mit leichten Regenfällen und mäßigen südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Allen Freunden und Bekannten, besonders den werthen Kollegen der Pianoforte-Fabrik A. Heber u. Co., welche meinem lieben Mann, d. H. Heber August Hencke die letzte Ehre erwiesen haben, spreche ich hierfür sowie für die lobbare Kranzgebende meinen herzlichsten Dank aus. (1898) Mario Hencke, geb. Mattheos.

Restaurant 16359 Anhaltische Ressource, Möckernstraße 114.

empfehle ihre schönen Säle zu Kranzgebungen, Hochzeiten und allen Festlichkeiten zu kulantesten Bedingungen. Der letzte Sonnabend und Sonntag im November sind frei geworden und sind zu vergeben. Vereinszimmer u. Kegelhahn sind noch einige Tage frei.

Alhambra Wallertheaterstrasse 15 (1000 Pers.) Jeden Mittwoch Hamburger-Sänger. Jed. Donnerstag u. Sonntag Elite-Saal. Die Weihnachtsfeierstage sind zu Ratineen zu vergeben. Aug. Zamost.

Luisenstädt. Clubhaus Annenstraße 16. Säle u. Vereinszimmer. Vollständig neu renovirt. 1544b

Sonnabende 19. u. 20. Nov. 3, 10. u. 17. Dez. 7, 14. u. 28. Jan., 4. Febr. 204 frei.

Gustav Mätze. Stralan. In Stralan's Weiden, Berlin's Ostpre. mochte der Fritzenwirth Gustav Mätze. Der Wäste große Zahl pilgerer hinaus, denn Bodensch mit Salat ist ein köstlicher Schmaus. Im Sommer im Garten fröhlich sehen sie all, im Winter stützen sie den Oberleib. Doch jetzt mocht er ein Stückchen weiter, Marzgraben-Damm im roten Haus, die Erde bleibt trotz alledem heiter, die Gäste pilgern doch hinaus! Run, geht zu einem Wästgenese erscheinen gestaltend auch die allen Wästgenese Schweizer Wäste, so wie dies unter Menschen Brauch. Veb' glücklich und zufrieden noch so mancher liebe Jahr, und bleibe unser Freund, so wie es immer war. 16455 Die Wästgenese Schweizer.

Halt! Donnerstag Abend: Grobes Gausel-Anspielchen auf dem Billard bei Gustav Schultz, 16415 Wassertr. 65.



alt der Interat  
e Redaktion dem  
genüber feineres  
Vorrichtung.

### cafer.

19. Oktober.  
Die Stimme von  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
aus. Auf der Sonnen-  
anfang 7 1/2 Uhr.

**Spern - Theater** (Kroll-  
poli-Bühnen). Anfang 7 1/2 Uhr.  
ged. Gyano von Bergere.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Berliner. Jaja.** Anfang 7 1/2 Uhr.  
Veiling. Im weißen Hohl. Anfang  
7 1/2 Uhr.

**Reisden.** Der Herr Sekretär.  
Barier: Frühlingwende. An-  
fang 7 1/2 Uhr.

**Neues. Holzgank.** Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schiller. Hofmann's Töchter.** An-  
fang 8 Uhr.

**Wiken. Eugen Onigin.** Anfang  
7 1/2 Uhr.

**Metropol. Das Paradies der Frauen.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Central. Die Weisha.** Anf. 7 1/2 Uhr.  
**Thalia. Unter lustiges Berlin.** An-  
fang 7 1/2 Uhr.

**Sulzen. Jodo's Streiche.** Vorher:  
Der dritte Kopf. Anfang 8 Uhr.  
Nachm. 3 Uhr: H. Schuler. Vor-  
stellung: Die Waife von Lowood.

**Wette. Miliane.** Napoleon oder:  
Die Hundert Tage. Anfang 8 Uhr.  
**Cfend.** Das Käthchen von Heil-  
bronn. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Friedrich. Wilhelmshildisches.**  
Die Geheimnisse von London.  
Anfang 8 Uhr.

**Alexanderplatz. Demi-Ronde.** An-  
fang 8 Uhr.

**Parodie. Jugend.** Anfang 8 Uhr.  
**Urania. Taubenstrasse 48-49.**  
Naturkundliche Ausstellung. Täg-  
lich geöffnet von 10 Uhr vor-  
mittags ab. Eintritt 50 Pf.  
Abends 8 Uhr: Die Urzeit des  
Menschen.

**Invalidenstrasse 57/62.** Täglich  
abends von 8-10 Uhr: Stern-  
warte, Operntelephon.

**Mylo. Spezialitäten.** Vorstellung.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
Anfang 8 Uhr.

**Feen-Palast.** Spezialitäten. Vor-  
stellung.

**Vassage. Panoptikum.** Spezial-  
itäten-Vorstellung.

**Schiller-Theater**  
(Wollner-Theater).  
Mittwoch:  
**Hofmann's Töchter.**  
Donnerstag:  
**Hofmann's Töchter.**  
Freitag:  
**Wallenstein's Lager.**  
Die Piccolomini.  
Sonabend:  
**Wallenstein's Tod.**

**Enisen-Theater**  
31. Reichsbergerstrasse 31.  
Nachmittag 3 Uhr: Zweite Schiller-  
Vorstellung zu besonders ermäßigten  
Preisen.

**Die Waife von Lowood.**  
Schausp. in 2 Abtheilungen u. 4 Akten  
von Charlotte Birch-Pfeiffer.  
Abends 8 Uhr:  
Zum 21. Male:

**Jocko's Streiche**  
Burlade in 3 Akten nach dem Engli-  
schen des James Carlisle, deutsch  
von W. Sallé.

**Jodo: Paul Herbig a. G.**  
Vorher:

**Der dritte Kopf.**  
Poffe in 1 Akt von Franz Wallner.  
Namen und folgende Tage:  
**Jodo's Streiche u. Der dritte Kopf.**

**Central-Theater**  
Direktion: José Ferenczy.  
**Die Geisha**  
oder: Eine japanische Ehehand-  
Geschichte.

Operette in 3 Akten v. Ebdnes Jones.  
Namen und die folgenden Tage:  
**Die Geisha.**

Donnerstag, den 27. Oktober: Zum  
200. Male: **Die Geisha.**

**Öfend - Carl Weiß - Theater.**  
Or. Neuanfertiger. 132.  
Gastspiel des Herrn Gázar Bed  
vom Berliner Theater als Gast.

**Das Käthchen von Heilbronn.**  
Mittwochspiel in 5 Akten v. v. v. Kieff.  
(Original-Ausgabe).

Die neuen Dekorationen und dem  
Kleider von Hoff. Die neuen Kostüme  
von Gieff-Ber.

Anfang 8 Uhr.  
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.  
Im Tunnel von 7 Uhr an:  
**Frei-Konzert.**

Donnerstag:  
Berlin, wie es weint und lacht.  
Freitag: Käthchen von Heilbronn.  
Sonabend: Robert und Bertram.

Sonntag Nachmittags: Der Hütten-  
b. Wiser. Abends: Käthchen von  
Heilbronn. In Vorbereitung:  
**Der Jongleur.**

**Thalia-Theater.**  
Dresdenerstr. 72/73.  
Gastspiel Helmerding.

**Inser lustiges Berlin.**  
Große Gelangspoffe in 4 Bildern  
von E. Sondermann u. Ch. Wischhoff.  
Complett von Alfred Bender.  
Musik von Curt Goldmann.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

Morgen: Die feine Vorstellung.

## Urania

Taubenstr. 48/49.  
Die Urzeit des Menschen.  
Invalidenstr. 57/62:  
Tägl. Sternwarte.  
Taubenstrasse im Hörsaal:  
Experim. u. Projekt.-Vorträge

**Kunst-Schaubühne**  
Urania, Invalidenstrasse 57.  
Mittwoch, 19. 8 Uhr:

**Max Klinger,**  
sein Leben und sein Werk.  
Parkett 1.-, Stehplatz 0,50.

**Passage - Panopticum.**  
Geöffnet von 9 Uhr früh bis  
10 Uhr abends.

Der  
berühmte L. L.  
Rechtswissenschaftler  
**Mr. Sulvian**  
und  
seine Schülerin  
**Petö Aranka.**

Son 6 Uhr ab:  
Théâtre - Variété  
ohne  
Extra-Entrée.

**Heute 25 Pf. Entree.**  
Geöffnet v. vorm. 9 bis abds. 10 Uhr.

**Castan's**  
**Panopticum.**  
Neu!! Neu!!  
**Lebendig**  
**begraben!!**

**Olympia-Theater**  
(Circus Renz) Karlstrasse.  
Täglich 8 Uhr abends:  
Berliner  
Ausstattungsstück  
mit  
Complett.

**MENE TEKEL**  
Aufsagen  
und  
Koloßal - Ballett  
in 3 Akten (10 Bildern).  
Parquet 2,10 Mk.

Den größten Lach-Erfolg  
erzielte das gegenwärtige Programm im  
Circus Renz' 6268L.

**Riesen - Tunnel.**  
Wahre Beifallsstürme durchdröhnen  
den Saal beim Auftreten der Komiker  
**Gustav Kluek und**  
**Fritz Fehrmann.**  
Auftreten sämtl. Spezialitäten.

**Volks - Theater im**  
**West-Restaurant**  
Dresdener - Straße 97.  
2 sensationelle Novitäten:  
**!! Udele's Geburtstag !!**  
Poffe mit Gesang von F. Waldau.  
Das

Geheimnis der jungen Wamiell.  
Schwanz mit Gesang von D. Rollins.  
**Neu! Paul Rochelly. Neu!**  
Der Champignon aller Baudepreier.  
**Neu! Max Hildebrandt. Neu!**  
Der lustige Stadtrompeter zu Pferde.  
Wond haben an allen Wochentagen  
Gültigkeit. - Direktion: **A. Kollg.**  
Künstlerischer Leiter: **A. Runge.**

**Reichshallen.**  
**Stettiner Sänger**  
(Menschel, Pietro,  
Britton, Steibl,  
Krone, Köhl,  
Schneider  
und Schröder).

Anfang 8 Uhr. Sonnt. 7 Uhr.  
Entree 50 Pf., Rum. Balkon  
75 Pf., Balkonloge 1 M., Orch.  
Log. 1,50 M., Fremden-Loge 2 M.  
Tageskassette 11-1 Uhr.  
Zum Schluss:  
**Vor 25 Jahren.**  
Ensemble von Reysel.

## Apollo - Theater.

Direktion: E. Waldmann.  
**Consuela Tortajada.**  
**Familie Agoust.**  
Prinzessin Pocahuntas.  
Kasseneröffnung 8 1/2 Uhr. Anfang  
der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

**Feen-Palast-**  
**Theater**  
Burgstr. 22. Burgstr. 22.  
Direktion: Winkler und Fröbel.

Abendlich um 8 1/2 Uhr  
Roch. Winkler u. Wilh. Fröbel  
in der mit großem Jubel und  
stärklichem Beifall aufgenom-  
menen Ausstattungs-Veranstal-  
tung

**Berlin, wie es liebt**  
**und radelt!**  
Neu! Ein Morgen in Afrika,  
amerikanische Pantomime.  
Neu! Amanda Harold,  
fantastischer dreifacher Witz.  
Stoffen-Trio, Kunstschachzehr.  
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntags 8 Uhr.  
Kasseneröffnung eine Stunde  
vor Anfang.

Borberauf Born. v. 11-1 Uhr.

**Alcazar - Theater**  
Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.  
Direktion: Richard Müller.  
Neu! Neu! Neu!  
**Die Wenzel.**

Schwanz in 1 Akt von Petich.  
Täglich mit großem Beifall:  
**Die Stadtrathswahl.**  
Poffe mit Gesang von A. Bender  
u. V. Hermann. Musik u. Chor.  
In Szene gesetzt v. Otto Wendt.  
Gesamtaustragen des  
neueingetragten Künstler- und  
Spezialitäten-Personals.

Anfang: Sonntags 8 Uhr.  
Wochentags 60 Pf.  
Sonntags 40 Pf.  
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.

**Mähr's Theater**  
Crauenstr. 21.  
Täglich  
Spezialitäten- und Theater-  
Vorstellung.

**Don Juan auf Kuba**  
Poffe mit Gesang.  
**The tree Brothers Wells,**  
Akrobaten an den hängenden Ketten.  
Anfang an den Wochentagen 8 Uhr.  
Sonntags 6 Uhr.  
Wond haben Wochentags Gültigkeit.

**Concerthaus.**  
Leipzigerstr. No. 48  
Täglich:  
**Hoffmann's Quartett-**  
**Humoristen und**  
**Schauspiel-Ensemble**  
Heute: Zum Schluss:  
**Der liebe Onkel.**

Donnerstag: Zum Schluss:  
**1733 Thaler 22 1/2 Sgr.**  
Avis! Man der überaus zahlreichen  
Wünschen nachzukommen, werden für  
die Wochentage Vereinsbillets mit  
erhöhter Preisermäßigung an-  
gegeben. Die geschätzten Vereine,  
welche auf solche Billets reaktieren,  
sindm dieelsten durch ihre Vorhände  
kostenlos im Bureau des Konzert-  
hauses entgegenzunehmen.

**W. Noack's Theater**  
Brunnenstr. 16.  
Heute, Mittwoch, den 19. Oktober:  
**Ein Berliner Wucherer**  
oder:  
Der Droschkenkutscher und sein Kind.  
Bollstück mit Gesang in 5 Akten  
von Ernst Giesfeld.  
Morgen: Donnerstag:  
**Goldener Boden.**  
Originalpoffe mit Gesang und Tanz  
in 4 Akten von Fid und Beyel.

**CIRCUS**  
**BUSCH**  
Mittwoch, den 19. Oktober 1898,  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Elite-Abend.**  
Zum 1. Male: Tourbillon  
équestre, geritten von 20 Damen.  
Auftreten des Herrn Franz Geb-  
hardt, Winter pp., bismarcker Geig-  
der L. L. spanischer Hofkassette in  
Wien. Aufzug sämtlicher Reiterstypen  
in prachtvoller Ausstattung. Zus-  
ammenkunft der Blumen, großes  
Ballet-Diversifement. Die neuen Frei-  
heitsadressuren des Direktors Buch.  
Nebenbei: **Shadow Brothers,**  
moderne Clabiatoren.  
Morgen, Donnerstag: Sporiabend,  
Sonntag, d. 23. Okt., nachmittags  
4 Uhr (1 Kind unter 10 Jahren frei,  
weitere Kinder zahlen auf allen Plätzen  
daselbe Preise): Gala-Vorstellung.  
Auf allem Wunsch: Anfang  
sämtl. Reiterstypen in prun-  
khafter Ausstattung.

## Partei-Versammlungen

Mittwoch, den 19. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,  
in folgenden Lokalen:

1. Wahlkreis: Armiihallen, Kommandantenstraße 20.  
2. Wahlkreis: Vock-Brauerei, Tempelhofer Berg.  
3. Wahlkreis: Brochnow, Sebastianstraße Nr. 39.  
4. Wahlkreis: Stechert, Andreasstraße 21.  
5. Wahlkreis: Schweizer Garten, Am Königsthor.  
6. Wahlkreis: Kolberger Salon, Kolbergerstraße 23.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen:

1. Bericht und Neuwahl der Vertrauenspersonen. 2. Wahl der Mit-  
glieder der Lokal- und Preßkommission. 3. Berichterstattung der Delegirten  
vom Parteitage. 4. Diskussion.

Die Vertrauenspersonen.

**Freie Volksbühne.**  
Donnerstag, den 20. Oktober, abends 8 Uhr:  
**General - Versammlung**  
in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 67.

Tages-Ordnung:  
Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes und der Revisoren.  
Diskussion und Beschließen. 230/16  
Nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte ist der Eintritt ge-  
statet.

Sonntag, den 23. d. M., im Friedrich Wilhelmshildischen Theater,  
3. Abtheilung (bunnes Karten): **Des Meeres und der Liebe Wellen.**  
Um zahlreichen Besuch bitten  
Der Vorstand.

**Verein sozialdemokratischer**  
**Gast- und Schankwirths Berlins**  
und Umgegend.

Freitag, den 21. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Lokal des Kollegen  
Wernicke, Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 39:  
**General - Versammlung.**

Tagesordnung:  
1. Bericht des Vorstandes und der Rechnungs-Kommission. 2. Kassen-  
bericht. 3. Ergänzungswahl des Vorstandes und der Rechnungs-Kom-  
mission. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Vereinsangelegenheiten und  
Beschließen. - In zahlreichem Besuch laden ein  
Der Vorstand. A. K.: Ferdinand Ewald.

**Lungenkrankheiten**  
(chronische Katarthe und Lungenschwindsucht)  
**heilbar**  
durch das vorzüglich wirkende und gänzlich unschädliche  
**„Glandulën“**

Hergestellt aus Bronchialdrüsen.  
(Gesundheitlich geschützt. D. R. P. 95395.)  
Rationalste und wirksamste aller bisherigen Behandlungswaisen,  
denn es ist derjenige Stoff, womit die Natur im Körper selbst die  
Lungenkrankungen heilt. Hunderte von gebellten Kranken und  
Aerzten bestätigen die ausgemachten Heilkräfte.  
Jede Tablette von 0,25 Gr. entspricht 0,25 Gr. Drüsensubstanz,  
Geschmackslos, Milchzucker. Erhältlich in Apotheken & M. 4,50  
für 100 Tabl. auch direkt aus der ehem. Fabrik Dr. Hofmann Nachf.,  
Moerane 1. Sa., welche auf Wunsch ausführliche Broschüre und  
Krankenberichte gratis sendet. (VIII B.)

**Wodurch** haben sich meine  
Spezialitäten  
Bronchide, Damen-Hauskloster-  
stoff,  
Roland-Cheviot, Horran-Anzug  
und Ueberzieherstoff, ihren  
Werkstoff erworben  
?

Durch ihre Unverwundlichkeit  
im Tragen;  
Durch ihre gar. Farbechtheit;  
Durch ihre eleg. Aussehen;  
Durch ihren billigen Preis.

Reichhaltige Musterauswahl erfolgt an jedermann franko  
**Weber's Arminius, Gustav Herrmann**  
(früher Carl H. Klippstein & Co.) Muhlhausen 1 Thür. No. 11.  
Vertreter an allen Orten gesucht.

**Anzüge** und Paletots nach Maß  
von 28 M. an, fertig  
von 12 M. an, v. halt-  
baren, modernen Stoffen, eleg. Aus-  
führung liefert **J. Tomporowski,**  
Schneidernstr. 56, Laden,  
Bei theurer Anzug, Zeitigab. gebietet.

**Stepdecken**  
kauft man am  
besten und billigsten  
nur direkt in der Fabrik  
**B. Strohmangel, Berlin S.,**  
**72, Wall-Strasse 72,**  
100 auch alle Deden aufgearbeitet  
werden. 6182\*

**Homöopathische Kuren**  
bei Krankheiten des gestörten  
Nerven- u. Sexualsystems,  
besonders in veralteten Fällen.  
Wunderbare Erfolge selbst bei,  
die gewöhnlichen Kuren un-  
möglich überwindlich sind  
werden. - Näheres im Prospekt,  
der auf Verlangen zugestellt wird.  
Homöopathische Spezialitäten-Ausfall  
**WIEN, Giselstr. 6.**

**Für 3 Mark**  
bis 6,50 Prima Kammgarn,  
Winter-Paletostoffe,  
Cheviots. 16488  
Große Reste spottbillig.  
Berlin C.  
Tuchlager.  
(Wein Eaden). **Carl Engel.**

**Anzüge nach Maß für**  
Herren u. Knaben  
Größe Auswahl in in- und aus-  
ländischen Stoffen für Paletots,  
Anzüge, Beinkleider etc. werden  
unter Garantie des guten Sitzes  
zu überaus billigen Preisen  
schnellstens angefertigt im Tuchgeschäft  
bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

**Dr. Simmel** Moritzplatz,  
1. Hand v. Aschinger  
2 Treppen rechts.  
Spezialarzt f. Haut u. Geschlechts-  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Grads u. Gesellschaftsanzüge,**  
für jede Figur passend, verleiht 14/26  
Barock, Kommandantenstr. 72, I.

## Flora - Säle

Bernh. Nieft, 17. Weberstr. 17.  
1000 Berl. fassend. Soldt. neu einger.  
Sonabend, 26. Nov., 17. Dez., 1. u.  
2. Weihnachts-Feiert.: Vorm. Matinée frei!

**Rechtsbureau** Thierstr. 17.  
1550b **B. Piessner.**  
Anfälligen, Klagen, Eingaben  
**Putzger, Steglitzerstr. 65.**

**Jähne v. 2 Mark** event. Theil-  
zahlung. \*  
**Olga Jacobson,** Invalidenstr. 145.  
Vortelverein „Sicher wie Gold“.  
Restaurant „Publie“, Granden-  
straße 3. Gäste willkommen. 1649b

**Wo treffen wir uns und**  
**wann Ernst?** 1650b  
E. möbl. K. a. Orn. bill. zu verm.  
Admiralstr. 21, b. 3 Tr. bei Wm.  
Zimmermann. 1647b

Eine febl. Schlafstelle z. 1. Rev. bei  
Thiele, Könnigsstr. 9a, part. 1636b

## Arbeitsmarkt.

**Amtung, Holzarbeiter!**  
Bei der Firma  
**Fork, Kreischmar u. Co.**

**Barnimstr. 13,**  
(Roggen in Wannowigbrücke), haben,  
sämtliche Arbeiter wegen Differenzen  
die Arbeit niedergelegt. Ebenfalls  
bei der Firma

**Robert Keller,**  
Königsbergerstrasse 4.  
Zug fernhalten!  
Die Creditorverwaltung.

**Gürtler u. Monteur** auf Kronen  
verf. sof. Tempelfabrik Grunowstr. 29.  
**Tücht. Kürschnergehilfen**  
werden verl. **E. Schmidt,** Giesstr. 1.

**Spezial-Agenten** gegen hohe Pro-  
centen in Berlin und außerhalb Kronen-  
„Säfte“, Pöckelstr. 9 I. (S. 104/11)

**Handstapfmaschinen**  
werden gegen hohe Abgabe in und außer  
dem Hause verlangt von 1426b  
**Wolf u. Schumann,** Wäschebstr.,  
Brunnenstr. 192.

**Wendefrauen** f. Hülfs- u. Fabrik  
Arbeiterinnen  
**Kartonarbeiterinnen**  
verl. Leopold Stein, Neue Königstr. 20.

**Einpacker** auf Goldblechen und  
Tischler auf Bilderrahmen ver-  
langt **A. Vichstädt,**  
1640b Stallstr. 18/19.

**Schuhmacher** auf alles verlangt  
**Menke, Galtstr. 144.** 1639b

**Bilderglaser,** Licht, verlangt  
**H. B. Schüge,** Oranienstr. 185.

**Als Werkmeister** nach  
Bestimmung (Ninland) wird ein tücht.  
**Galvanoplastiker** gesucht, der  
außer Uebersetzung auch Ber-  
gung, Beschreibung, Vermessung etc.  
erhalten vermag. Anzüge, m. Gehalts-  
anfragen u. Bedingungen versehen,  
anb. T. G. an d. Exped. d. Blattes erbet.

Junger Mann sucht per Anfang  
Dezbr. Januar od. spät. Stellung als  
**Comptoirist** oder  
**Expedient**

bei Stellung od. Berlag. Entlohnend ist  
in solch. Arbeit. Bewand. Der gleichgilt.  
Gest. Offert. erbet. an **G. T. Veisig,**  
hauptstadttagend. 1632b

**Karton-Arbeiterinnen** in  
und außer dem Hause verlangt  
\* **Kommandantenstr. 15, 4 Tr.**

**Tüchtige** Arbeiter sowie lithogr.  
Wachsmaler werden für den  
Bau der A. G. verlangt. Offerten an  
Berliner Annoncen- u. Verlagsgesellschaft  
vorm. A. u. G. Kaufmann, Friedrich-  
straße 122/123. 1646b

Ein tüchtiger Farbmacher  
sucht dauernde Beschäftigung und  
guten Lohn in der Goldblech-Fabrik  
Alexandinerstr. 25. 1637b

**Warmwasserleiter** verl. Kramer,  
Landsberger Allee 17. 1634b

**Gürtler** 6318b  
u. Schiefer und Bauhilfser verl.  
**Bergan Gobr.,** Schillingstr. 12.



# Mittwoch, Donnerstag, Freitag

Hemdentuch  
Meter **35** Pf.

Westph. Halbleinen  
ca. 82 cm breit ca. 160 cm breit  
Meter **50** Pf. Meter **1.05** Mk.

Bett-Damast  
Deckbettbreite Kissenbreite  
Meter **90** Pf. Meter **60** Pf.

Negligé-Parchend  
Meter **48** Pf.

Piqué-Parchend  
Meter **50** Pf.

## Damen-Wäsche.

Taghemden, Priesenform, Hemdentuch mit Spitze **1.35** Mk.  
Taghemden, Achselchluss, Renforcé mit Spitze **1.55** mit **2** Mk. Stickerei  
Taghemden, Achselchluss, Madapolam mit Stickerei-Volant und Bänddurchzug **2.50** Mk.  
Taghemden, Achselchluss, Renforcé mit handgestickter Passe **2.65** Mk.  
Beinkleider, Renforcé mit Stickerei **1.50** runde **1.70** Mk. Form  
Beinkleider, Parchend mit Stickerei **1.95** Mk.  
Nachtjacken, Parchend mit Spitze **1.35**, Renforcé mit Stickerei **2.20** Mk.  
Nachtjacken, Parchend mit Stickerei **2.10** u. **2.50** Mk.  
Nachthemden, Renforcé mit Stickerei **3.15** Mk.

**Herren-Hemden** **1.80** Mk.  
Renforcé, mit Falten

## Bett-Wäsche.

Deckbett-Bezüge, ca. 130 x 200 cm, Renforcé **3.10** Mk. gestr. Dimit **3.40** Mk.  
Kissen-Bezüge, ca. 84 x 84 cm **90** Pf. **1.05** Mk.  
Dowlas-Laken, ca. 160 x 225 cm **1.85** Mk.

Küchenhandtuch  
Dtz. **3.25**, **4**, **5.50** Mk.

Stubenhandtücher  
Dtz. **4.75**, **6.50**, **9** Mk.

Tischtücher  
**1.35**, **3**, **3.60** Mk.

Servietten  
Dtz. **3.60**, **6.50**, **8** Mk.

Kaffeedecken, bunt,  
**1.45** und **2.40** Mk.

# Warenhaus A. Wertheim

Berlin, Leipzigerstr. 132/33 Versand-Abteilung. Winter-Preisliste kostenfrei. \* Rosenthalerstr. 27, 28, 29, 34/35 Confections-Haus. \* Oranienstr. 53/54

Das 12te Preis-Buch mit 89 Illustrationen und 12 Seiten Inhalt ist erschienen und wird kostenlos und portofrei zugesandt.

Moderne Maass-Anfertigung unter Leitung eigener erster Meister.

Guter Sitz. — Chiker Schnitt. — Vorzügliche Stoffe. — Dauerhafte Arbeit.

Winter-Paletots nach Maass von <b>30</b> Mk. an.	Jaquet-Anzüge nach Maass von <b>27</b> Mk. an.	Rock-Anzüge nach Maass von <b>30</b> Mk. an.	Gehrock-Anzüge nach Maass von <b>36</b> Mk. an.	Elegante Beinkleider nach Maass von <b>7</b> Mk. an.
---	---	---	--	---

## Baer Sohn

En gros. — Export. — En detail.  
Fabrikation u. Maass-Anfertigung eleganter Herren- u. Knaben-Bekleidung.  
**24a. Chausseestr. 24a.**  
**11. Brückenstr. 11.**  
Gr. Frankfurterstr. 16.

Das 12te Preis-Buch mit 89 Illustrationen und 12 Seiten Inhalt ist erschienen und wird kostenlos und portofrei zugesandt.

„Hülfe!“  
Ohne ärztliche Untersuchung kann jede männliche sowie auch jede weibliche Person im Alter vom 14. bis 60. Jahre der Krankenkasse „Hülfe“ für äußerst billige Monatsbeiträge beitreten. Aufnahme kostenlos im Bureau der „Hülfe“, Berlin SO, Stalinerstr. 82, I (am Schlesischen Thor).  
Zahlstellen und Agenten allerorts gesucht! 161909\*

**Dr. Thompson's Seifenpulver**  
ist das beste **33/13\***  
und im Gebrauch billigste und bequemste  
**Waschmittel der Welt.**

## Möbel auf Theilzahlung

und Wohnungs-Einrichtungen bei bescheidener Anzahlung und auf Jahre hinaus vertheilten Ratenzahlungen. Bei Zahlungsschwierigkeiten grösste Rücksicht. Stets enormes Lager v. einfachst. b. feinst. Genre.  
**Central-Möbel-Halle** 52932\*  
Kommandantenstrasse 51, Ecke Alexandrinenstrasse.

Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:  
Verkauf frisch gef. schw. perl. und jun. Fleisches.  
Kindfleisch pro Pfd. von 30 Pf an,  
Schweinefleisch 40 Pf. 16151L\*  
Verwaltung der Kochanstalt Stadt. Schlachthof

Möbel und Polsterwaaren. Beste Arbeit. Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. 153799\*  
Franz Tutzauer, Brunnenstrasse 152.

**S. Heine,** Chausseestrasse No. 14.

Teppiche!  
Gardinen!  
Portièren!  
Steppdecken!  
Tischdecken!

zu sehr billigen Preisen zum  
**Ausverkauf.**

Möbel auf Theilzahl. Oranienstr. 181.  
Kontakte H. & M. Lewent. 16151L\*  
Reinigen ohne Anzahl.

## Frische Seefische aus der Hochsee-Fischerei in Geestemünde.

Verkaufsstellen von Hermann Reinhold, Geestemünde.  
Chausseestrasse 49-50, Eingang Wöhlertstr. 1. Britzerstr. 24. Weissenburgerstr. 30. Grüner Weg 11. No. 25. Annenstr. No. 25.

Von täglich eintreffender Zufuhr empfehle:

ff. Seelachs . . . . . Pfund <b>25</b> Pf.	ff. Cablian-Dorsch . . . . . Pfund <b>30</b> Pf.
ff. Bratflundern . . . . . " <b>25</b> "	ff. Seehecht . . . . . " <b>35</b> "
ff. Schellfisch . . . . . " <b>18-30</b> "	ff. Rothzungen . . . . . " <b>30</b> "
ff. Goldbarsch . . . . . " <b>30</b> "	ff. Goldbraten . . . . . " <b>40</b> "
ff. See-Kal . . . . . " <b>25</b> "	ff. Tafelzander . . . . . " <b>55</b> "

Täglich frische Räucherwaaren und Marinaden.  
Als besonders preiswerth empfehle: ff. Bratfisch, 8 Liter-Dose **3.25**. See-Kal in Gelce, 4 Liter-Dose **3.25**.